Einzelpreis 70 Heller.

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Nekázanka 18 ✦ Telephon: 26705, 31460 (Nachtredaktion): 26707 ✦ Postscheckamt: 57544

11. Jahrgang. Samstag, 19. September 1931 Nr. 219.

Juden und Kapitalisten als Geldgeber der Hakenkreuzler.

Der Verein Ascher Textilindustriellen empfiehlt die Unterstützung der Nationalsozialisten.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten, diese ärgsten Feinde der Arbeiterklasse, im Solde der Kapitalistenklasse stehen. Wir sind heute in der Lage, den strikten Beweis dafür zu liefern und an einem Beispiel nachzuweisen, daß die Hakenkreuzler von den Unternehmern finanziert werden. Das nachstehende Schreiben, das uns in die Hände geraten ist, spricht geradezu Bände:

Verein der Ascher Textilindustriellen — **Asch, am 27. August 1931.**
Asch.

Nr. 134. **Rundschreiben.**
Betr. Spendengewährung.

Die nationalsozialistische Arbeiterpartei veranstaltet am kommenden Sonntag in Schönbach bei Asch ein Fest, verbunden mit einem Glückshafen. Zu diesem Zwecke wandten sich die Veranstalter an die einzelnen Mitgliedsfirmen um Zuwendungen von Spenden. Beschlußgemäß haben die betreffenden Firmen die Spendenwerber an den Verein gewiesen, bei welchem eine Vorsprache des Obmannes der genannten Partei erfolgte.

Auf Grund einer telephonisch hergestellten Umfrage bei den Vorstandsmitgliedern wurde beschlossen, mit Rücksicht auf den besonderen Zweck, diese Spendensammlung von dem gefaßten Beschlusse wegen gemeinsamer Spendenleistung auszunehmen und die Sammlung von Spenden für den Glückshafen des erwähnten Festes freizugeben.

Die betreffenden Spendensammler, die sich als solche entsprechend legitimieren werden, werden sich daher erlauben, in den nächsten Tagen die einzelnen Firmen um die Gewährung einer Spende für den genannten Zweck zu ersuchen.

Hochachtungsvoll
Verein der Ascher Textilindustriellen.

Der Obmannstellvertreter: **Der Sekretär:**
Hermann Singer. **Julius Merz.**

* *

Wenn man dieses Schreiben liest, erfährt man daraus, daß die Ascher Textilindustriellen nicht etwa aus eigener Initiative heraus eine Unterstützungsaktion für das Heer vom Hakenkreuz eingeleitet haben. Auch das wäre genug, denn es würde aufzeigen, wen die Herren Fabrikanten ihrer finanziellen Unterstützung für wert erachten, von wem sie annehmen, daß die Interessen der Kapitalistenklasse am besten gewahrt werden. Aber die Sache liegt noch viel ärger: Die Nationalsozialisten sind die jüdischen und christlichen Textilfirmen um Geld angegangen. Die Herren Fabrikanten haben nun die mit dem Hakenkreuz abgestempelten Bittsteller an ihren Verein, nämlich an die Unternehmerorganisation, gewiesen und die Herren Vorstandsmitglieder, unter den sich zweifellos viele Nachkommen Abrahams befinden, — ist doch der Obmann-Stellvertreter Herr Hermann Singer — haben selbstverständlich freudig zugestimmt. Gott, was tut man nicht alles für die Hakenkreuzler, gesegnet, dreimal gesegnet seien Jung, Krebs und Knirsch. (Der Herr wende ihnen sein Antlitz zu und gebe ihnen den Frieden.)

Wahrscheinlich brauchen die Herren Nationalsozialisten das Geld dringend für die Wahlen. Hei, wird das einen fröhlichen Wahlkampf geben mit Juden- und Kapitalistengeld! Da läßt sichs fein auf die Sozialdemokratie schimpfen und mit der einen Hand drohen, während die andere offengehalten wird für die reichen Spenden der Juden und Kapitalisten.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft der Tschechoslowakei hat nun den Beweis in Händen, daß die Hakenkreuzler nichts anderes sind als die Schutztruppe der jüdischen und arischen Kapitalisten.

Amerika lehnt Anleihe an Jugoslawien ab.

Schwierigkeiten wegen der Ablehnung des Hooverplanes durch Jugoslawien.

Paris, 18. September. Der Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien" referiert ausführlich über die gestrige Unterredung des jugoslavischen Außenministers mit dem französischen Finanzminister Flandin. Jugoslavien, das bekanntlich durch das einjährige Moratorium eine Summe von 70 Millionen Goldmark verlieren würde, die es für sein Budget notwendig braucht, ist dem Hoover-Plan nicht beigetreten. Frankreich hat Jugoslavien zugesagt, eine Anleihe in der halben Höhe des genannten Betrages zu gewähren, worauf Jugoslavien die Vereinigten Staaten um eine Anleihe in der Höhe des Restbetrages ersuchte. Gestern erhielt jedoch Jugoslavien von Amerika eine ablehnende Antwort. Durch diese Ablehnung entsteht nun die sehr wichtige internationale Rechtsfrage, ob die Initiative Hoovers, der nicht alle interessierten Staaten beigetreten sind, tatsächlich — wenn auch nur auf ein Jahr — die Einstellung und Aenderung der Durchführung des seinerzeit von allen interessierten Parteien unterzeichneten Young-Planes hervorrufen könne. In juristischer Hinsicht scheine — wie „Petit Parisien" schreibt — kein Zweifel darüber zu bestehen, daß die Antwort verneinend lauten würde.

Die jugoslavische Regierung beabsichtigte, die Angelegenheit dem Internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten.

Finanzminister Flandin will den Vereinigten Staaten den Standpunkt Jugoslaviens noch mit allen seinen Folgen darlegen.

Frauen und Presse

sollen die Friedensatmosphäre sichern.

Genf, 18. September. Die Völkerbundkommission für Abrüstungsfragen nahm heute das internationale Abkommen über die Verstärkung der kriegverhindernden Mittel an. Durch das Abkommen verpflichten sich die Staaten vorher, gewisse auf Grund des Artikels 11 des Paktes gemachte Empfehlungen des Völkerbundrates anzunehmen, die darauf hinzielen, daß aus Grenzkonflikten kein Krieg entbrenne.

Den weiteren Gegenstand der Debatte bildete der spanische Antrag, worin die Beteiligung der Frauen und der Presse bei der Sicherung der moralischen Atmosphäre für das große Friedenswerk empfohlen wird. In der Diskussion wurde von einigen Rednern betont, daß man zwischen den Aktionen der verschiedenen Frauenorganisationen für den Friedensgedanken und zwischen einer direkten Teilnahme an der Abrüstungskonferenz, welche eine Angelegenheit der Regierung ist, streng unterscheiden müsse.

Von dänischer Seite wurde die Anregung gemacht, daß sich eine Sonderkonferenz der Direktoren der Pressebüros und Depeschenagenturen, welche in Kopenhagen stattfinden soll, auch mit diesen Fragen befasse, welche die Presse und ihre Mitwirkung am Friedenswerke betreffen.

Sozialdemokratie und Gemeindeverwaltung.

Nach jahrzehntelang durch die Sozialdemokratie mit allen Mitteln geführten Kampf gegen das schandvolle Wahlunrecht für die Selbstverwaltungskörper brachte der Zusammenbruch des Weltkrieges auch in der neugeschaffenen Tschechoslowakei für die Gemeinden das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Damit war der nach dem Absolutismus sechs Jahrzehnte währenden einseitigen Interessenpolitik des wohlhabenden Bürgertums in den Städten und der Großgrundbesitzer, Großbauern und Geistlichkeit am Lande ein verdientes Ende gesetzt. Die Tore der Rathäuser mußten im Juni 1919 für die Vertreter der Arbeiterschaft geöffnet werden. In den Gemeindestuben mußten die erbgesessenen Herren des Adels den Holzhauern, Landarbeitern und Häuslern Platz machen. Alle politischen Vorrechte der Besitzklasse waren verschwunden. Nur der ohnmächtige Haß der so jäh vom hohen Piedestahl des Alleinherrschers in Bezirk und Gemeinde herabgeholten Besitzklasse blieb übrig.

Wie schön hatten es sich doch die besitzenden Stände in den Selbstverwaltungskörpern eingerichtet! Ihrer Interessenvertretung stand keine nennenswerte Opposition im Wege; denn die Vertreter des ersten und zweiten Wahlkörpers mit den Virilisten hatten stets die gesicherte Zweidrittelmehrheit. Der Geist des Spießertums und der Protzenwirtschaft konnte sich ungehemmt entwickeln. Was in den Dörfern der Krämer oder der Herr Pfarrer tat, besorgte in der Stadt der Advokat oder Baumeister. Es waren meistens nur Cliquen, die gegeneinander im Streit um den größten Brocken aus der großen Schüssel lagen, die Interessen der Allgemeinheit wurden wenig, die Wünsche der Arbeiterschaft überhaupt nicht beachtet. Den kleinen Gruppen war es um die Vorteile der in ihnen vereinigten bodenständigen Familien, dem Großgrundbesitz und der Kirche um die Erweiterung ihrer Macht und Vermehrung des Besitzes zu tun. Der Hausherrenstandpunkt konnte sich voll ausleben. Das Aufblühen des Gemeinwesens zum Wohle der Gesamtheit, die Hebung des Kultur- und Bildungsniveaus der Masse oder eine fruchtbare Sozialpolitik stand nicht in ihrem Aufgaben-Lexikon. Der Herr Gemeindevorsteher war für seine Wähler da und nicht für das „Gesindel", das keine Steuern zahlte, aber Rechte haben wollte; wer sich widerspenstig zeigte, bekam die Macht des Gemeindegewaltigen zu spüren.

Mit all dem wurde im Jahre 1919 gebrochen. Vielleicht war es damals mancher Gemeindegröße nicht einmal unangenehm, wenn sie ihren Platz räumen mußte und die Verantwortung auf andere Schultern abwälzen konnte. Die Zeit der wirtschaftlichen Not und politischen Gärung war ja zur Uebernahme der Gemeindegeschäfte nicht einladend. Nur zu häufig haben unsere deutschen bürgerlichen Gemeindeherren, die sich in Kriegsbegeisterung nicht genug tun konnten und im schwarzgelben Patriotismus wetteiferten, eine versaute Wirtschaft, heruntergelumpte Gemeindeunternehmungen, reparaturbedürftige Schulgebäude und Straßen etc. sowie leere Kassen und eine total zerrüttete Finanzwirtschaft hinterlassen. Und so schlau waren die alten, mit der Gemeindeverwaltung einigermaßen vertrauten Herren schon, um zu erkennen, daß nunmehr große, schwierige und verantwortungsvolle Arbeit bevorstand, während für eine demagogische Opposition der günstigste Boden vorhanden war. Die Sozialdemokraten übernahmen in vielen Fällen die schwere und verantwortungsvolle Arbeit und überbrückten, in dem ernsten Willen, vor allem der Arbeiterklasse zu dienen, die vielen Schwierigkeiten, die in politischer, nationaler und finanzieller Hinsicht vorhanden waren.

Trotz aller Not begann überall, wo Sozialdemokraten an leitender Stelle saßen oder ihr Einfluß vorhanden war, ein Aufbau, wie ihn keine Gemeinde und kein Bezirk in früheren Jahren kannte. Theoretisch und praktisch in der Verwaltungsarbeit ungeschulte Metallarbeiter, Tischler, Buchdrucker, Fabriksarbeiter, Taglöhner und in der Hauswirtschaft tätige Frauen meisterten in kurzer Zeit die ihnen übertragenen Aufgaben und ihre Leistungen spotteten der gegnerischen Schadenfreude, die schon auf den Zusammenbruch infolge Unfähigkeit der neuen Verwalter wartete. Ueberall stehen die Zeugen ihrer Tätigkeit. Langsam schwand unter der Arbeiterschaft die infolge langer Wachtlosigkeit entstandene Gleichgültigkeit, das Interesse an der Gemeindepolitik wuchs und ist erfreulicherweise so im Steigen begriffen, daß den bürgerlichen Parteien davor Angst und bange wird.

Vor einer Wahl wird das Bürgertum und seine Vertreter besonders nervös und unsicher. Da finden sich alle in der Klage über die deutsche Uneinigkeit, über die Zersplitterung des Bürgertums und vor allem im Kampf gegen die verhaßte Sozialdemokratie. Die Parteien des großen Haus- und Grundbesitzes, deren „völkische" Einstellung einer engen Verbindung mit den jüdisch-tschechischen Banken und reichen, bodenständigen, fremdnationalen Großkapitalisten keinerlei Hindernisse bereitet, finden sich zu Wahlgemeinschaften, schaffen „Arbeiter"-Kandidatenlisten, die sie mit ihren eigenen Listen koppeln und betteln um die Stimmen der „Dienstboten" und Arbeiter, die sie sich die ganze Zeit hübsch vom Leibe halten. Die ganz extremen Rechtsparteien, zu denen sich die abgetakelten Offiziere und Adeligen geschlagen haben und die gegenwärtig noch eine Anziehungskraft auf die politisch und geschichtlich ungebildeten, dafür aber umso phantasievolleren jungen Schwärmer für ein drittes Reich ausüben, versuchen mit allen jenen eine einheitliche Phalanx zu bilden, denen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie jedes Mittel recht ist. Sie sprechen von deutscher Freiheit und nationaler Erhebung und bringen Roheit und Balkanisierung. Alle miteinander kämpfen nur für das eine Ziel: Zurückdrängung der Sozialdemokratie, damit einer reaktionären Vetternwirtschaft in der Gemeinde der Weg wieder frei gemacht wird.

Wir brauchen nur dort die Tätigkeit dieser Parteien beobachten, wo sie glauben, auf die Sozialdemokratie keine Rücksicht nehmen zu müssen. Sofort wird ihr Bestreben in brutaler Art offenkundig: Abbau der Sozialpolitik, Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Angriff gegen die Löhne, Gehälter und Arbeitsverträge, Verfolgung der politisch Andersgesinnten und rücksichtslose Ausnützung der Macht im Interesse der eigenen Partei. Die Beispiele in Aussig, Bodenbach, Elbogen, Landskron usw. sind hiefür der Beweis. Dazu kommt noch das Fraternisieren mit der Bürokratie, um auf diesem Wege zu erreichen, was im legalen offenen Kampfe nicht durchzusetzen ist.

Doch der Strom der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung flutet vielarmig und mächtig dahin. Er wächst trotz allem Geröll und Gestrüpp, das seinen Lauf hemmen will, in die Breite und Tiefe. Immer mehr wird die Masse der Anhänger der Partei befähigt und gezwungen, auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung die verschiedensten Leistungen zu vollbringen, welche das Klasseninteresse und die Leiden der Arbeiterschaft notwendig machen. Auf den verschiedensten Arbeitsgebieten mühen sich Tausende Vertrauenspersonen und wie vielgestaltig diese Tätigkeit auch sein mag, stets ist es das unablässige Ringen um die Befreiung des Proletariats aus jeder politischen, wirtschaftlichen und geistigen Unterdrückung. In der Gemeindeverwaltung sind hochbedeutsame, unserer vollsten Beach-

Mährisch-schlesischer Landesausschuß.

Brünn, 18. September. In der heutigen Sitzung des mährisch-schlesischen Landesausschusses wurde eingangs vom Vorsitzenden ein Bericht über die Arbeitslosigkeit Mähren-Schlesiens und über die Aktion zur Linderung derselben gegeben. Ende August waren 45.219 Arbeitslose gemeldet. Im Genusse der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung standen 24.520 Personen. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat in 1633 Fällen den öffentlichen Bauführern die Unterstützung für Notstandsarbeiten in der Gesamthöhe von 17.133.644 Kronen bewilligt. **Dadurch wurden Arbeitsmöglichkeiten für 44.894 Personen geschaffen.** In 33 Bezirken wurde die Ernährungsaktion durchgeführt. Weiters teilte der Vorstand mit, daß in den nächsten Wochen mehrere Kommissionen einberufen werden, denen der Landesvoranschlag für 1932 vorgelegt werden wird. Die Landesvertretung wird im Oktober zusammentreten. Der Landesausschuß bewilligte mehreren Bezirken und Gemeinden die Aufnahme von größeren Darlehen. Weiters wurden Landesunterstützungen aus dem Dotationsfonds für Bezirksstraßen- und Brückenbau mehrerer Bezirke bewilligt.

---

tung würdige Aufgaben zu erfüllen. Alle Sorge für die unmittelbaren Bedürfnisse der Bürger lastet auf den Gemeinden. Die Führung der eigenen Finanzen, die Aufgaben eines größeren Arbeitgebers betrachten sozialdemokratische Vertreter von einem ganz anderen Gesichtspunkte wie die Vertreter der gegnerischen Parteien. Für die Bürgerparteien ist die Gemeinde ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, ein Instrument der staatlichen Ordnung im Sinne der heutigen Gesellschaftsordnung; die Sozialdemokratie will die Gemeinde zu einem in voller demokratischer Freiheit arbeitenden Verwaltungskörper umgestalten, in dem der Wille der großen Mehrheit der Gemeindebürger zur Geltung kommt und an dessen festen Mauern die Uebergriffe hochmütiger Landes- und Staatsbürokraten zerschellen müssen.

Für dieses Ziel führen wir bei jeder Wahl und bei unserer Arbeit in den Gemeinden den Kampf. Dieser Kampf ist weder leicht noch angenehm. Wenn aber die Arbeiterschaft, nach Karl Marx' bekannten Worten, die Pflicht hat, dem Mysterium der internationalen Staatskunst nachzuspüren und die diplomatischen Streiche der Regierungen zu überwachen, so hat sie auch die Pflicht auf den Gegenpol öffentlicher Wirksamkeit, der mit dem Staatsganzen in engster Verbindung stehenden Selbstverwaltung, den Mauslöchern bürgerlicher Verwaltungskunst nachzuspüren und die Schwabenstreiche aufzudecken. Die Gemeinden sind für uns Schützengräben im Stellungskrieg des Klassenkampfes. Unsere Gegner möchten sie gerne mit Schutt und Unrat füllen, um unsere Kämpfer daraus zu vertreiben. **Sorgen wir bei dieser Wahl dafür, daß das Bemühen zu schanden wird und die Gemeinden werden nicht mehr Schützengräben sein, sondern feste Bollwerke einer neuen gesellschaftlichen Ordnung.** —zl.

Die Agrarier als Mieterfreunde.

Wie der Mieterschutz künftig aussähe, wenn . . .

Seit langem speit die tschechisch-agrarische Presse Gift und Galle gegen den Genossen Dr. Czech, weil er als Ressortminister ihren von Herrn Dr. Kalaš diktierten Wünschen bezüglich des Mieterschutz-Abbaues nicht allzusehr geneigt ist. Nicht einmal die Landwirtschaftskrise liegt dem „Benkov" und dem „Beser" auch nur annähernd so am Herzen wie die armen Hausherren, die schon morgen werden alle betteln gehen müssen wenn sie nicht noch in letzter Minute endlich den weit übervalorisierten Zins in ihren meist billig erstandenen Häusern erhalten.

Da der Mieterschutz zu Ende dieses Jahres abläuft, suchen die Agrarier Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen, um ohne die geringste Rücksicht auf das ungeheuere Massenelend zu diesem Termin eine möglichst restlose Beseitigung des Mieterschutzes durchzusetzen. Der Ausgang der Gemeindewahlen wird nicht zuletzt auch für den Ausgang des Kampfes um den Mieterschutz von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Wessen sich da die Mieter zu versehen hätten, wenn die Agrarier die Lösung des Mieterschutzproblems tatsächlich in die Hand bekämen, beweist am besten ein kürzlich von dieser Partei im Abgeordnetenhause eingebrachter Antrag, der, wie Genosse Dr. Wiener im Organ unserer „Arbeiterfürsorge" darlegt, nichts weniger verlangt als die sofortige, restlose Beseitigung des Mieterschutzes, und zwar in Wirklichkeit ohne alle Ausnahmen, da die wenigen Schutzbestimmungen für die sozial schwächsten Schichten, die auch Herr Kalaš noch gnädigst zugestehen möchte, bei näherem Zusehen sich als völlig wertlos erweisen.

Wie sieht also das Neujahrsgeschenk aus, das die tschechischen Agrarier schon zum 1. Jänner 1932 den Mietern bereiten möchten?

Der Mieterschutz hört mit diesem Tage vollkommen auf in allen Orten unter 10.000 Einwohnern und in den größeren Städten für alle Personen, die samt ihren Familienangehörigen jährlich mehr als 23.556 K brutto verdienen, also nicht mehr unter die Abzugssteuer vom Einkommen fallen. Diese Leute brauchen keinen Mieterschutz mehr, sondern werden sicher gern und freudig ein Viertel ihres Bruttoeinkommens oder auch mehr ihrem hochgeschätzten Hausherrn als Zins für eine Einzimmerwohnung abliefern. In Orten unter 10.000 Einwohnern ist nach der „Begründung" dieses Antrages ein Schutz überhaupt nicht notwendig, weil dort das Bauen nicht so teuer kommt und daher dem Wohnungsbedürfnis durch Neubauten sofort und schmerzlos abgeholfen werden kann. Unsere Arbeiter in den Industrieorten werden für diese Argumentation gewiß auch das nötige Verständnis aufbringen!

Immerhin wollen die Agrarier gewissen berücksichtigungswerten Schichten, ja nicht etwa allen, die die 23.000-Kronengrenze nicht erreichen, gegenüber noch einmal ein Auge zudrücken und ihnen auch weiterhin etwas gewähren, was unter der Hausherrenlupe doch noch eine, wenn auch sehr leise Aehnlichkeit mit dem bisherigen Begriff „Mieterschutz" haben soll. Dieser Gnade sollen aber nur ganz wenige Schichten, und zwar öffentliche Angestellte und Pensionisten (falls sie ja keinen Nebenerwerb haben), vermögenslose Kriegsinvalide und sogar Arbeiter mit ihren Familien, teilhaftig werden. Ob das große Heer der Privatangestellten aus dieser Liste absichtlich oder nur aus Schlamperei ausgeschlossen wurde, bleibt unerforschlich.

Natürlich müssen diese vom Glück in so unverdienter Weise Begünstigten hübsch bescheiden und sittsam sein: Zweiköpfigen Familien wird gnädigst der Mieterschutz für eine Küche zugebilligt (nämlich ein Wohnraum, wobei aber die Küche als solcher eingerechnet wird), drei- und vierköpfige Familien dürfen Küche und ein Zimmer für sich reklamieren und mehrköpfige Familien sich sogar den Luxus einer geschützten Zweizimmerwohnung leisten. Für Ledige gibt es nichts anderes als irgendwo als Bettgeher unterzukriechen. Jedes darüber hinausgehende Wohnungsbedürfnis wäre Luxus und als solcher dem betreffenden Hausherrn gegenüber entsprechend zu versteuern.

Wer aber glaubt, daß diese angeführten Gruppen den Mieterschutz wirklich weiter genießen, der kennt unsere tschechischen (und wohl auch deutschen) Agrarier nicht. Da werden erst noch schnell die Kündigungsgründe ordentlich vermehrt: Wenn der Hausherr selbst oder für seine Kinder, Eltern oder Geschwister eine Wohnung braucht, dann fliegt der betreffende Mieter, der seinen Zorn erregt hat, einfach hinaus, ebenso natürlich, wenn er den Zins nicht auf den Tag rechtzeitig bezahlt; die lex Meißner, die noch eine längere Frist setzte, bevor wegen Nichtbezahlung des Zinses an die exekutive Räumung der Wohnung geschritten werden durfte, verschwindet natürlich völlig.

Aber auch die Mieter, die durch alle bisher aufgezählten Schlingen und Fallstricke sich glücklich durchwinden sollten, fliegen sofort aus der Wohnung heraus, wenn ihnen der Hausherr eine „Ersatzwohnung" verschafft. Letztere natürlich nicht nach der Definition, wie sie die Durchführungsverordnung des Genossen Dr. Czech aufstellte; sondern künftig ist eine solche Ersatzwohnung „hinreichend", wenn sie das oben bereits angeführte „unerläßliche Wohnungsbedürfnis" des Mieters (ein bis höchstens drei Wohnräume einschließlich Küche) befriedigt und nicht mehr als ein Viertel (!!) des Einkommens der ganzen Familie verschlingt.

Was jetzt noch in dem agrarischen Antrag steht, ist nur mehr von rein theoretischem Interesse: Sollte sich nämlich noch ein unentwegter Mieter finden, der auf Grund der früher aufgezählten Bedingungen noch in seiner alten Wohnung verbleiben könnte, so hat er je nach der „Größe" (besser: „Kleinheit") der Wohnung den drei- und vierfachen, vom 1. Jänner 1933 ab aber den fünf- und sechsfachen Friedenszins zu bezahlen, abgesehen natürlich von den erhöhten Verwaltungskosten sowie von den Reparaturen, die ihm der Herr Hausherr noch aufbrummen wird. Dieser Fall weckt aber, wie gesagt, nur mehr ein theoretisches Interesse, denn der Mieter, der nach all dem Vorangegangenen noch im Besitze seiner geschützten Wohnung bleibt, kann sich in jedem Variete als Kuriosum für Geld sehen lassen und verdient damit dann so viel, daß auch er, der letzte Mohikaner, sofort automatisch aus dem Mieterschutz ausscheidet.

Aber Spaß beiseite: Das alles, was wir hier schildern, ist ein durchaus ernst gemeinter Antrag jener größten bürgerlichen Partei, die den Ministerpräsidenten stellt; er stammt auch nicht aus den Zeiten der Hochkonjunktur vor einigen Jahren, sondern aus den jüngsten Tagen, also aus einer Zeit, wo Abertausende nicht wissen, woher sie das Geld nehmen sollen, um wenigstens mit ein paar gekochten Kartoffeln den Hunger ihrer Familie zu stillen. Für die Agrarier steht es nämlich fest, daß die Durchführung dieses Gesetzes einen derartigen „Aufschwung" der Baubewegung zur Folge hätte, daß Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise wie ein Märchen mit einem Zauberschlage beseitigt wären. Die Bedeckung für die voll valorisierten, d. h. siebenfachen Zinse, würde ja nach den agrarischen Berechnungen „nur" drei Milliarden Kronen jährlich erfordern, was die heute noch unter Mieterschutz stehenden Schichten ja gewiß leicht aufbringen können; schlimmstenfalls werden sie halt auf „verschiedene überflüssige Bedürfnisse", wie es in dem Antrag so schön heißt, Verzicht leisten müssen.

Dem ist nun wohl nichts mehr weiter hinzuzufügen als die Mahnung: Geh hin, o Mieter, und wähle am 27. schön brav die bürgerlichen Hausherrenvertreter!

Lohnforderungen als „Raffgier"

Wie der Sowjetstaat unzufriedene Arbeiter bekämpft.

Mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden zu sein oder gar eine Erhöhung des Lohnes zu fordern, ist in der Sowjetunion beinahe ein Kapitalverbrechen. Ein besonders anschauliches Beispiel liefert dafür der „Trud" vom 7. September. Das Blatt karikiert eine Anzahl Arbeiterköpfe, ihnen tierische Züge von grotesker Häßlichkeit verleihend, und versieht die Zeichnung mit einem Text, aus dem hervorgeht, daß die haßsprühende Karikatur eine Gruppe von Schlossern und Fellenhauern der Kirov-Werke darstellt, die im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kirov-Werke von einer andern Fabrik in die Kirov-Werke versetzt worden waren, sich dort mit den „angeblich" zu niedrigen Löhnen nicht zufrieden gegeben und eine Erhöhung der Lohnsätze verlangt hätten. „Nachdem sie abschlägig beschieden worden waren, begannen die Raffer demonstrativ einen „italienischen" Streik, indem sie sich der Arbeit entzogen, sich weigerten, das Produktionsprogramm durchzuführen, eine zersetzende Tätigkeit auch unter den anderen Arbeitern der Werke entfalteten und die Produktion zu desorganisieren bestrebt waren." Die Folge war, daß die „aktivsten Raffer" aus dem Verband (und soweit sie Mitglieder der KPdSU waren, auch aus der Partei) ausgeschlossen und aufs Pflaster geworfen wurden. Der gewerkschaftsamtliche (!) „Trud" läßt dieser erhebenden Mitteilung die Aufforderung an alle Betriebe der Sowjetunion folgen, die in der Zeitung mit Namen aufgeführten „Raffer" nirgends einzustellen und sie einer „öffentlichen Quarantäne" zu unterwerfen. Damit bürgert sich also im Sowjetstaate das System der schwarzen Liste ein; wer höheren Lohn fordert, wird in den Betrieben nicht geduldet. Da kann man schon fürwahr vom „Einholen und Ueberholen" der kapitalistischen Welt durch die „Fortschritte" des Sowjetlandes sprechen.

Freispruch eines tschechischen Eisenbahners

durch die ungarische Berufungsinstanz.

Budapest, 18. September. Die königliche Tafel als Berufungsinstanz hat den wegen Schmähung der ungarischen Nation vom Gerichtshof zu drei Monaten Gefängnis verurteilten tschechoslowakischen Staatsbürger Josef Lukesch freigesprochen mit der Begründung, daß die belastenden Zeugenaussagen auf Rache beruhen.

4

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Seltsam, wie sie dieses Wort aussprach, welche Sehnsucht nach Sonne und Blühen aus ihrer Stimme klang.

„Legen Sie sich, bitte, auf die Chaiselongue, gnädige Frau. Schließen Sie die Augen. So, und nun schlafen Sie, schlafen Sie."

Nach wenigen Minuten schlief die Frau. Auch Peter, der ihre beiden Hände hielt, schloß die Augen. Er durfte das Zimmer mit den Eichenholzmöbeln und der elektrischen Lampe nicht sehen. Vor die geschlossenen Augen zwang er ein Bild: einen leuchtenden tiefblauen See, rosig schimmernde Mandelblüten, einen Garten, am Ufer des Sees; über weiße Stufen spielen plätschernd kleine Wellen. Und durch den Garten schreitet ein junges Mädchen, schön, jung, voll Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. Die Vögel singen, der leise Wind singt, die Blätter raunen, der See rauscht. Alles ist jung, alles kennt nur Freude und Hoffnung.

Peter schrak zusammen. An sein Ohr tönte ein Lachen, frisch, glücklich, übermütig, ein unendlich junges Lachen. Er öffnete die Augen. Die Frau lachte im Traum. Der bittere Mund war weich geworden, die gefärbten Lippen standen offen, wie um die köstliche Frühlingsluft besser einzuatmen. Und die Frau lachte.

Peter erhob sich mit einem tiefen Atemzug von der Chaiselongue und trat ans Fenster. Der Traum der Frau hatte so stark in seinem Gehirn gelebt, daß er fast staunte, da er, in den Herbstabend hinausblickend, die trostlosen kahlen Aeste der Platane sah und die spitzen kalten Regentropfen gegen die Scheibe pochen hörte.

Ein seltsames Gefühl überkam ihn. Wie groß ist doch seine Macht: er vermag Herbst in Frühling, Leid in Glück zu verwandeln; er kann den Menschen das geben, wonach sie sich vergeblich sehnen . . . Freilich nur für kurze Zeit. Aber was bedeutet die Zeit? Es kommt nur auf die Stärke des Gefühls an.

Peter wandte sich der Chaiselongue zu. Die Frau war eben erwacht und setzte sich auf. Noch lag ein Lächeln auf ihrem Gesicht, aber es verblaßte bereits, glich mehr dem Schatten eines Lächelns.

„Ich habe so schön geträumt", sagte sie. Und in ihrer müden Stimme schwang noch ein Ton jener Jugendfrische mit, den ihr Lachen gehabt hatte. „So schön. Ich danke Ihnen."

Sie setzte den kleinen schwarzen Hut auf. Peter sah, daß es ein vorjähriges Modell war, und auch das Kleid entsprach nicht ganz der diesjährigen Mode.

„Was bin ich Ihnen schuldig, Herr Brenn?" fragte die Frau. Peter merkte, daß sie etwas ängstlich auf seine Antwort wartete.

„Gnädige Frau, ich richte mich nach den Vermögensverhältnissen meiner Patienten."

Sie lächelte.

„Mein Mann ist Maler; Sie können sich also vorstellen, daß wir nicht sehr reich sind."

„Sagen wir fünf Mark für die erste Behandlung und drei Mark für die folgenden."

Und Peter dachte bei sich: mehr kann ich dem armen Teufel doch nicht abnehmen. Freilich, wenn ich das gewußt hätte, so würde ich von der Kohlenhändlerstochter fünfzig verlangt haben. Denn Peter war ein sentimentaler Materialist, eine unglückselige Mischung.

„Ich werde bald wiederkommen", sagte die Frau und streckte Peter die Hand hin. „Werde ich den schönen Traum auch nachts wieder haben?"

„Heute noch kaum, gnädige Frau. Aber wenn Sie länger in meiner Behandlung gewesen sind und ich Sie besser kenne, bestimmt."

Die Frau ging, und Peter rief den dicken gutmütig aussehenden Mann in sein Sprechzimmer.

Der dicke Mann setzte sich behutsam auf den Rand des Sessels, zog ein Taschentuch hervor, schneuzte sich geräuschvoll und blickte Peter aus kleinen rotgeränderten Augen an. Dann sagte er verlegen:

„Ich heiße Franz Kies, Herr Doktor."

„Der Name tut nichts zur Sache."

Franz Kies wetzte unruhig auf dem Sessel hin und her.

„Sie garantieren gute Träume, Herr Doktor?"

„Ja."

Peter betrachtete seinen Patienten. Was zum Kuckuck sollte er mit dem Mann anfangen? Ein biederer Kleinbürger, etwa achtunddreißig Jahre alt, behäbig, gutmütig. Ein leeres, nichtssagendes Gesicht. Was konnten die geheimsten Wünsche dieses Menschen sein?

„Wir wollen zuerst den Preis vereinbaren, Herr Kies", sagte er vorsichtig. „Ich richte mich nach den Vermögensverhältnissen meiner Patienten. Sollten Sie vielleicht arbeitslos sein . . ."

Franz Kies ging in die Falle.

„Nein, das ist es nicht, Herr Doktor, ich habe meine feste Anstellung, bin bei der Kriminalpolizei."

Peter wurde noch verwirrter. Ein Polizist, der sich nach schönen Träumen sehnt. Mit einem Blick auf den etwas abgewetzten Trauring, der an dem dicken roten Finger stak, tastete er sich weiter:

„Aber vielleicht wäre es Ihrer Frau nicht recht, wenn Sie für derlei Dinge Geld ausgeben?"

Ein breites Lächeln strahlte auf dem runden Gesicht.

„Meiner Frau ist alles recht, was ich tu. Die ist ein wahrer Engel, Herr Doktor."

Also auch keine Weibergeschichten. Was zum Teufel wollte denn der Kerl?

„Sie möchten gute Träume haben, Herr Kies?"

Das Vollmondgesicht wurde blasser; der dicke Mann schien zusammenzuschrumpfen. Seine Mundwinkel bogen sich nach unten; er sah plötzlich wie ein Baby aus, das gleich zu weinen beginnen wird.

„Ich will ja gar keine guten Träume, Herr Doktor. Ich will nur keinen schlechten mehr haben."

„Sie haben also schlechte Träume? Schon seit langem?"

„Seit zwei Monaten."

Peter wußte sich nicht mehr zu helfen.

„Und was träumen Sie?" fragte er.

„Sehen Sie, Herr Doktor, das ist so: Vielleicht haben Sie es in der Zeitung gelesen . . . Vor zwei Monaten hat die Polizei den Raubmörder Hack erwischt . . ."

Er stockte.

„Ja?"

„Ich war dabei. Sehen Sie, Herr Doktor, ich bin seit zehn Jahren bei der Kriminalpolizei. Ich bin ein guter Beamter. Ich hab immer meine Pflicht getan, ohne mir dabei was zu denken. Ich hab fünf Einbrecher festgenommen und einen Mörder. Wie gesagt, ich hab immer meine Schuldigkeit getan, hab immer meinen Mann gestanden . . ."

„Ohne sich dabei was zu denken?"

„Ja, sehen Sie, Herr Doktor, das ist es. Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Ich hab mir nie was dabei gedacht, — bis vor zwei Monaten. Vielleicht erinnern Sie sich, daß der Hack zwei Polizisten erschossen hat, die ihn festnehmen wollten. Dann ist er in einen Wald geflohen. Und wir sind ausgerückt, zweihundert Mann, mit Granaten bewaffnet, um ihn zu fangen. Und da, unterwegs, Herr Doktor, ist mir das Unglück passiert: ich hab zu denken angefangen. Es war so ein schöner Tag, alles war so still und friedlich, ich liebe die Natur.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunistische „Hilfe" für die Landwirtschaft.

Ein ernstes Wort zum Lizitieren mit den Nöten der Landbevölkerung.

Die Kommunisten, zu deren „Arbeitsbeschaffungsplan" wir erst vorige Woche Stellung genommen haben, wandeln noch immer auf der Linie der praktischen Vorschläge, und zwar haben sie nun auch die Landbevölkerung mit einem „Hilfsplan" beglückt. Man kann der Kommunistischen Partei nicht gerade nachsagen, daß sie sich bei uns bisher um die Probleme der Landwirtschaft viel bekümmert hätte und es ist uns daher auch nicht sehr verwunderlich, wenn dieser „Hilfsplan" an den Gegebenheiten auf dem Lande vorbeisieht.

Doch wir haben heute weder Zeit noch Lust, die Kommunisten über die Voraussetzungen des Klassenkampfes im Dorfe aufzuklären und wollen lieber die interessierten Kreise auf die Einzelheiten des Planes selbst aufmerksam machen. Beim ersten Lesen schon gewinnt man den Eindruck, daß ein Mitglied der Leitung der KPC — vielleicht hat er irgendeinmal schon mit dem Lande zu tun gehabt, woraus seine Qualifikation für dieses Geschäft abgeleitet wurde — herumgeschickt worden ist, um die Klagen und Wünsche der verschiedenen Interessenkreise der Landbevölkerung zu notieren und für jeden ihrer Wünsche ein Rezept bereitzustellen. Und was herauskam, ist

ein Sammelsurium von Versprechungen und Verlangen,

ähnlich der Kräuterküche eines Hühneraugen-Quacksalbers. Aber großzügig, so großzügig, wie kommunistische Vorschläge eben immer sind, weil sie nur aufgestellt werden, um auf dem Papier stehen zu bleiben.

Darna ändert auch nichts die Tatsache, daß sie unsere falsche Steuerpraxis, die Praxis des Staatsbodenamtes und die verderbliche Bankenpolitik richtig erkennen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Steuerlasten die Wirtschaftsführung der kleinen und mittleren Bauern arg belasten. Das trifft besonders in der Krisenzeit zu, weil die Einnahmen immer geringer werden, während die Steuersätze gleichbleiben, ja nach der famosen Theorie der agrarischen Macher von der größeren Ertragsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe noch erhöht werden sollten.

Die Notwendigkeit einer Steuerreform zugunsten dieser bedrängten Schichten ist denn auch eine unerläßliche Krisen-Hilfsmaßnahme.

Wie wir aber die machtpolitischen Verhältnisse im Staate einzuschätzen wissen, müssen wir schon sagen, daß die Kommunisten bei ihrer diesbezüglichen Forderung über das Erreichbare hinausgehen. Sie verlangen die vollkommene Streichung der Steuerschulden bei Kleinbauern mit einem jährlichen Einkommenn bis zu 16.000 Kronen und die Herabsetzung dieser Schulden auf die Hälfte bei Betrieben, die ein Einkommen von 16.000 bis 24.000 Kronen gewähren. Desgleichen fordern sie eine Steuerreform in diesem Sinne. Ferner sollen auch die Hypothekarschulden bei den kleinen Landwirten gestrichen und die Zinsenzahlung auf solche Verpflichtungen durch die Mittelbauern eingestellt werden. Bei der Aufstellung dieser letzten Forderung haben die Kommunisten scheinbar nicht bedacht, daß ihre Durchführung bis an das Mark der kapitalistischen Gesellschaftsordnung greift und daß eine derartige Maßnahme überhaupt nicht ausführbar ist, solange diese Gesellschaft besteht. Forderungen aber unter falschen Voraussetzungen aufzustellen, macht sie schon von vorneherein illusorisch.

In der gleichen Tonart wird sodann auch die Zuteilung von Boden verlangt; vom Staat und von den Gemeinden. Da klafft der Widerspruch zwischen den einzelnen Punkten ihres Planes besonders groß, denn jeder Mensch mit gesundem Verstand muß erstaunt fragen, ja wie kann den Gemeinden eine größere Handlungsfreiheit, die sie kurz vorher richtig fordern, eingeräumt werden, wenn sie ihren Besitz abtreten sollen. Wie ist den Gemeinden eine Fürsorgetätigkeit möglich, wenn sie das Holz aus ihren Waldbeständen an die ärmeren Bevölkerungsschichten umsonst abgeben sollen? Oder glauben wohl die Herren Kommunisten gar, daß mit der Versorgung von Brennholz und der Zuteilung einer kleinen Wiesenfläche der Rahmen der Fürsorgeverpflichtungen schon erschöpft ist? Für die von Unwetterkatastrophen betroffenen Bauern fordern die Kommunisten kategorisch die unentgeltliche Zuteilung von Saatgetreide aus den beschlagnahmten Vorräten der Staats-, Kirchen- und Großgüter, die gleichen oben schon skizzierten Steuermaßnahmen sowie eine sofortige Geldaushilfe von ausgerechnet 500 Millionen Kronen. Die beschäftigungslosen Landarbeiter und die auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinbauern und Häusler sollen endlich eine tägliche Unterstützung von 15 Kronen bekommen.

Woher das Geld zu alldem? Natürlich von den Kapitalisten und dem Staate. Und woher es der Staat nehmen soll, darauf gibt der wegen seiner wahrhaft akrobatischen Künste bekannte Rechenmeister der Kommunisten flink und harmlos Antwort. Rasch klettert er die Sprossen der kommunistischen Einnahmenleiter empor und verkündet jeweils die einzelnen Punkte des kommunistischen Sparprogramms, das wir in seinem Widersinn schon letzthin beleuchtet haben. Zum Schluß folgt die übliche Weisung zur Bildung von Kampfausschüssen und zur Ueberschwemmung der Behörden mit Forderungen im Sinne des „Planes". Dann klingt der Schwanengesang von der kommunistischen „Hilfe" für die Landwirtschaft aus.

An den Vorschlägen der Kommunisten muß folgendes auffallen. Sagt der eine Bauer: „Mich drückt das Steuerzahlen", so entgegnet ihm die KPC: „Deine Steuern werden gestrichen!", sagt der andere: „Ich würde ein Stück Boden brauchen," so lautet die Antwort: „Den Boden bekommst Du!" So kann man sich die Entstehung dieses „Hilfplanes" noch am ehesten vorstellen.

Die Landbevölkerung klagt, die KPC verspricht,

und damit die Versprechen halbwegs glaubwürdig klingen, muß man sich dazu bequemen, anzudeuten, woher man denn die Mittel zur Erfüllung all des Versprochenen nehmen will. Das geht wieder am einfachsten durch die Nennung so vieler und so großer Zahlen, bis dem bedrängten, an das Rechnen nicht sonderlich gewöhnten Landmenschen, der Kopf zu schmerzen beginnt und er denkt, es werde schon irgendwie werden, natürlich nur dann, wenn er kommunistisch wählt.

Früher hat man sich bei den Kommunisten über derartige Fragen leichter hinweggeholfen, indem man unablässig die Weltrevolution proklamierte. Heute nimmt man zwar von den am Lande durch die Weltwirtschaftskrise sowie durch die unserem Staatsgebiet eigene Gesetzgebung auf wirtschaftspolitischem Gebiet aufgerollten Problemen Kenntnis — wenn auch nur oberflächlich — doch von der Regie der Weltrevolution kann man sich nicht freimachen und danach haben die Vorschläge der Kommunisten auch ihre Gestalt bekommen: Detailvorschläge im weltrevolutionären Gewand! Denn das Wichtigste haben die Kommunisten ja nicht ausgesprochen, nämlich,

daß die erste Voraussetzung zu der Verwirklichung ihrer Vorschläge der Sturz der heutigen Gesellschaftsordnung ist.

Oder ist es etwa diesen Theoretikern der Weltrevolution gar nicht aufgefallen, daß sie erst die Revolution machen müßten, bevor sie die Vorräte der staatlichen Güter beschlagnahmen können?

Zusammenfassend kann man also den „Hilfsplan" der Kommunisten so charakterisieren: Eine elende Zwittergestalt, weil man von der Revolution schicklicherweise nicht reden wollte und zu einer wirklich praktischen Hilfsarbeit ganz und gar nicht geeignet ist.

Wer heute der in ihrer Existenz bedrohten Landbevölkerung ernstlich helfen will, der muß neben allem anderen so viel Mut aufbringen, ihr die Augen über die Möglichkeiten zur Besserstellung ihrer Existenz zu öffnen. Es ist kein ehrliches Beginnen, wenn die ländlichen Menschen mit radikalen Forderungen gefüttert werden, von denen man im Vorhinein weiß, daß sie undurchführbar sind, undurchführbar im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, undurchführbar und wirkungslos angesichts der weltwirtschaftlichen Gegebenheiten. Wir vermissen bei den kommunistischen Vorschlägen ganz entschieden auch nur den geringsten Hinweis auf diese weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, womit sie eine gewisse Aehnlichkeit mit der agrarischen Politik bekommen:

die Landbevölkerung im engen Gesichtskreis der dorfmäßigen Entscheidungen zu belassen,

um desto besser ihren Geschäften nachgehen zu können. Siehe nur die Getreideeinfuhrgeschäfte des tschechisch-agrarischen Unternehmens „Agrasol", welche selbst die mit agrarischer Beharrlichkeit verteidigte Schutzzollpolitik bricht, die dem Groß der Bauernschaft als Alleinheilmittel aus der Krise hingestellt wird. Man denke nur an die vielgepriesene „Dorfgemeinschaft", die unsere deutschen Agrarier der Landbevölkerung so gerne um die Ohren schlagen, nur damit sie deren Blick auf den dörflichen Horizont bannen und so ihren Weizen besser schneiden können.

Das Herumlizitieren mit den Nöten der ländlichen Bevölkerung ist ein schweres Verbrechen, geübt von den Interessengruppen, die auf den Rücken der arbeitenden Menschen des Landes emporkommen möchten. Es liegt aber an allen bedrängten Existenzen selbst, daß sie durch einen kräftigen Ruck all diese schönrednerischen Elemente abschütteln und sich eingliedern in die Kampfarmee der Arbeitsmenschen, die in voller Erkenntnis der Schwierigkeiten ihres Tuns unter dem sozialistischen Banner darangehen, die Gestaltung ihrer Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Wer das will, kann am Wahltag den ersten Schritt hiezu unternehmen, indem er **mit für die Sozialdemokratie stimmt.**

Wer hat die Wahlen in die Krankenkassen verhindert?

Demagogie der Nationalsozialisten.

Der nationalsozialistische „Tag" bringt gestern ein Bild des Genossen Taub, den es den „Krankenkassen-Macher der Sozialdemokraten" — ein schönes Deutsch schreiben die Herren Hakenkreuzler — nennt und dem es ebenso wie unserer gesamten Partei den Vorwurf macht, daß die Wahlen in die Krankenkassen noch nicht durchgeführt worden sind.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Nach dem Umsturz amtierten zunächst die im alten Oesterreich gewählten Vorstände weiter. In dieser Zeit wurden bedeutende Aenderungen in der Organisation der Krankenversicherung durchgeführt, es wurde das Sozialversicherungsgesetz vorbereitet und parlamentarisch verabschiedet. Dieses Provisorium dauerte mehrere Jahre und es wäre möglich gewesen, in der Zwischenzeit Wahlen durchzuführen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte aber damals als Oppositionspartei auf die Ausschreibung oder Nichtausschreibung von Wahlen keinerlei Einfluß.

Am 1. Juli 1926 trat das Sozialversicherungsgesetz in Kraft und damit fielen etwaige organisatorische Hindernisse der Durchführung von Wahlen weg. Inzwischen war

die bürgerliche Mehrheit zur Macht gekommen. Ihr fiel es nicht ein, den undemokratischen Zustand zu beseitigen,

war sie doch im Gegenteil damit beschäftigt, das kaum wirksam gewordene Sozialversicherungsgesetz zu verschlechtern. Dies geschah durch die Novelle vom Jahre 1928, welche den Einfluß der Versicherten in der Verwaltung der Krankenversicherungsanstalten wesentlich einschränkte. Diese Novelle erlangte am 1. Jänner 1929 Wirksamkeit und es wäre zu erwarten gewesen, daß der Bürgerblock wenigstens jetzt die Wahlen durchführen wird. Damals herrschte noch Konjunktur, fast alle Arbeiter standen im Produktionsprozeß, es wäre also die günstigste Situation für die Wahlen gewesen.

Der klerikale Minister Kramek versprach auch, die Wahlen anzuordnen, hielt aber sein Versprechen nicht ein,

er führte vielmehr auf Grund einer in der Novelle enthaltenen Ermächtigung Ernennungen durch, die so parteiisch ausfielen, daß sie nur die engeren Parteigenossen Krameks befriedigten, sonst aber bei den Versicherten, ja selbst bei den Arbeitgebern den größten Unwillen hervorriefen. **Als Genosse Dr. Czech Minister für soziale Fürsorge wurde, sorgte er sofort für die Herausgabe der von Kramek verschleppten Wahlordnung und erteilte der Zentralversicherungsanstalt den Auftrag zur Vorbereitung der Wahlen.**

Diese Vorbereitungsarbeit wurde auch in Angriff genommen, aber durch die Arbeiten aus Anlaß der Ausstellung der Legitimationen an zweieinhalb Millionen Versicherte gehemmt.

Inzwischen hatte sich aber die wirtschaftliche Situation grundlegend geändert. Die Arbeitslosigkeit wuchs und nahm schließlich einen solchen Umfang an, daß

etwa ein Fünftel der Versicherten aus dem Produktionsprozeß und damit aus der Versicherungspflicht ausgeschieden wurde. In dieser Situation Wahlen durchzuführen ist aber keine Forderung der Demokratie, es ist im Gegenteil höchst undemokratisch, da ein sehr beträchtlicher Teil der Arbeiter der Möglichkeit beraubt wäre, vom Wahlrechte Gebrauch zu machen.

Wir bekennen uns also ruhigen Gewissens dazu, daß wir für die Verschiebung von Wahlen eintreten, von denen im jetzigen Zeitpunkte ein Großteil der Arbeiter ausgeschlossen wäre. Die Ergebnisse der fortlaufend durchgeführten Betriebsausschußwahlen beweisen, daß wir dies keineswegs aus Furcht vor dem Ausfall der Wahlen tun. Weder die bürgerlichen Parteien, die selbst die Wahlen jahrelang sabotiert haben, noch die Kommunisten und Hakenkreuzler, die sonst für die Demokratie nur Spott und Hohn übrig haben, sind berechtigt, uns daraus einen Vorwurf zu machen.

Die Gemeindewahlen: ein Kampf um Lohn und Gehälter.

Wertvolles Bekenntnis der größten tschechischen, bürgerlichen Partei.

Der „Venkov" das Blatt der tschechischen Agrarier, bringt die Nachricht über eine Sitzung der tschechischen Abgeordneten und Senatoren gemeinsam mit dem erweiterten Vorstand dieser Partei, an der alle agrarischen Minister teilgenommen haben. In dieser Sitzung wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der gemeinsame Klub der republikanischen Abgeordneten und Senatoren hat gemeinsam mit dem Vorstand der Partei einstimmig festgestellt, daß die schwere Wirtschaftskrise, die aus der Landwirtschaftskrise entstanden ist, nur beseitigt werden kann durch Verbesserung der Verhältnisse unserer Landwirtschaft, daß die Gesundung der Verhältnisse in Industrie, Handel und Gewerbe nur über eine starke, gesunde Landwirtschaft führt. **Wenn der Landwirt von seinen Einkünften zuerst und am meisten nachgelassen hat, müssen die anderen darauf entweder freiwillig oder gezwungen folgen."**

Für die Durchführung dieser Richtlinien und Ziele wird die Partei und der Klub im Parlament sorgen.

Mit anderen Worten:

die Agrarier planen, falls die Gemeindewahlen für sie günstig ausfallen, einen konzentrischen Angriff auf die Gehälter und Löhne.

Besser könnten die Wähler, die den sozial schwächeren Schichten angehören, über die Bedeutung der Gemeindewahlen nicht informiert werden.

Japanische Artillerie beschießt Mukden.

Tokio, 18. September. (Reuter.) In der **Umgebung von Mukden kam es gestern abends zu einem Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Truppen, nach dem Chinesen versucht hatten, die Brücke der südmandschurischen Eisenbahn zu zerstören. Die Japaner nahmen die chinesische Garnison von Paitaying gefangen. Die chinesischen Truppen hatten dabei etwa 80 Opfer.**

Die japanischen Truppen eröffneten plötzlich um 22 Uhr Artilleriefeuer auf die Stadt Mukden. Die Salven wurden in Abständen von zehn Minuten abgegeben und das Feuer wurde fortgesetzt, wiewohl die chinesischen Truppen überhaupt nicht antworteten. Als der Gouverneur der Mandschurei, Marschall Tsang Suelijan, die Meldung von diesem plötzlichen Angriff der Japaner erhielt, ordnete er an, daß die chinesischen Truppen ihre Waffen im Zeughaus abgeben und das Feuer überhaupt nicht erwidern. In einer detaillierten Nachricht heißt es, daß eine Abteilung des japanischen Heeres plötzlich das Feuer auf das chinesische Arsenal eröffnete, worauf die Japaner ihre Batterien nach der Stadt richteten und das chinesische Militärlager sowie die Stadt selbst zu bombardieren begannen.

Abwehr eines Angriffes oder Vergeltungsmaßnahme?

In Peking ist man der Ansicht, daß sich das japanische Oberkommando zu dieser plötzlichen Tat entschlossen hat, um die chinesische Regierung zur Erledigung der Angelegenheit des japanischen Kapitäns und Generalstäblers Nakamuri, der bekanntlich im Juni d. J. in der Mongolei, wie man annimmt, von Soldaten der chinesischen Mukdenarmee ermordet wurde, zu zwingen. Das Hinziehen der chinesischen Regierung mit der Antwort auf die japanischen Proteste rief in japanischen militärischen Kreisen große Erregung hervor und der gestrige Angriff ist offenbar darauf zurückzuführen.

Die Geldquellen der deutschen Friedensgesellschaft.

Ein kompromittierendre Freispruch.

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Mehrere Tage lang wurde ein Beleidigungsprozeß verhandelt, den der Präsident der deutschen Friedensgesellschaft Küster gegen mehrere Blätter angestrengt hatte. Es war dort behauptet worden, daß die deutsche Friedensgesellschaft wiederholt Geldzuwendungen aus Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei erhalten habe. Die Beklagten wurden heute freigesprochen. In der Begründung wurde festgestellt, daß der Wahrheitsbeweis nicht geführt worden sei, daß also Küster und die Friedensgesellschaft keine ausländischen Regierungsgelder erhalten hätten. Da aber die Beklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten, hätten sie freigesprochen werden müssen. Küster hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Keine korporative Aufnahme der Kommunisten in den französischen Gewerkschaftsverband.

Paris, 18. September. Der Kongreß des Allgemeinen Arbeitsverbandes (CGT) hat heute seine Arbeiten abgeschlossen. Es wurde fast einmütig eine Resolution angenommen, in der hervorgehoben wird, daß die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung nicht anders verwirklicht werden kann als durch den individuellen Uebertritt der Mitglieder des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes in die CGT.

Die Nazi werden frech.

Sie überfallen und bedrohen sozialistische Jugendliche.

Die Gelbhemden scheinen die Absicht zu haben, ihre reichsdeutschen Methoden in die Tschechoslowakei verpflanzen zu wollen, das heißt, sie möchten auch bei uns mit der Faust und mit dem Gummiknüppel den deutschen Arbeitern „den Weg zur Freiheit bahnen". Ging da am Sonntag nachts unser Jugendgenosse Anton Schönherr aus Bartelsdorf nach Hause. Unterwegs begegnete er einem Trupp von 8 Hakenkreuzlern. Die Rotzbuben, die von dem nationalsozialistischen Jugendführer Franz Kaltofen aus Kunnersdorf „geführt" wurden, leuchteten dem Genossen Schönherr mit Taschenlampen ins Gesicht und als sie bemerkten, daß sie einen sozialistischen Jugendlichen vor sich haben, begannen sie mit Fäusten und Schlüsseln auf ihn loszuschlagen. Außerdem rissen sie unserem Genossen den Mantelkragen herunter. Nach vollbrachter Heldentat liefen sie heim zu Muttern. Schönherr wurde im Gesicht ganz erheblich verletzt. — Am Montag wiederum fuhren vier sozialistische Jugendliche aus Neudorf i. E. nach Komotau in die Arbeit. Im Zuge saßen auch 4 Hakenkreuzler, darunter der nationalsozialistische Eisenbahner Stütz aus Neudorf. Die vier Nazi stänkerten unaufhörlich unsere Jugendlichen an und drohten ihnen auch, sie einmal tüchtig zu verprügeln, wenn sie sie einmal „allein" wo treffen sollten. — So also möchten die Hitlerjungen den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen. Wir warnen sie! Sie dürfen nicht glauben, daß sie sich alles erlauben können. Wenn diese „Männer der Faust" die „Stirn" haben sollten, diese Art der Agitation fortzusetzen, so sollen sie bald zu spüren bekommen, daß hier die Voraussetzungen zur Errichtung des Dritten Reiches nicht gerade günstig sind.

Die Ernte eines Tages.

Der Moskauer dumme August

verkündete am Mittwoch, daß der Erfolg des Heimwehrputsch nur durch das Eingreifen der kommunistischen Partei verhindert und das Schicksal der faseistischen Bewegung durch den von der KPOe. organisierten Gegenstoß besiegelt worden sei.

Und zwei Tage später kommt er im Leitartikel des „Vorwärts" zu dem Ergebnis, daß „der Putsch der österreichischen Heimwehren zusammengebrochen ist, weil die in der Bundesregierung sitzenden Freunde der Pfrimer und Starhemberg aus außenpolitischen Gründen den gegenwärtigen Zeitpunkt für den Uebergang zur offenen faseistischen Diktatur für ungeeignet halten."

Siegesberichte müssen geschrieben werden, auch wenn die Kommunisten zwei Tage später selbst nicht mehr daran denken. Spotten ihrer selbst und wissen nicht, wie!

Neue Steuern,

entsetzt sich der Aussiger „Tag", hat Minister Meißner versprochen." Unter einer schreienden Ueberschrift, die wohl nur aus Versehen nicht vierspaltig aufgefallen ist, kommt dann die Tatsache heraus, daß Genosse Meißner von vorübergehender Einführung einer besonderen Rentensteuer und einer Erhöhung der Tantiemensteuer gesprochen hat. Wir verlangen vom Aussiger „Tag" nicht, daß er etwas vom Steuerrecht versteht oder überhaupt irgend welche sachliche Kenntnisse hat, aber in diesem Falle können wir es uns doch nicht versagen, ihm darauf aufmerksam zu machen, daß beide Steuern nur die wohlhabendsten Kreise treffen würden, daß also die Aufregung des Aussiger „Tag" ganz unsinnig wäre, wenn ihm wirklich an einer gerechten Besteuerung der Reichen und Schonung der sozial Schwachen etwas gelegen wäre.

VII. Konferenz des Int. Sekretariates der Maler und verwandter Berufe in Prag.

Am 17. und 18. September fand in Prag die VII. Konferenz des internationalen Sekretariates der Maler und verwandten Berufe statt, bei der folgende Delegierte vertreten waren: für Dänemark Genosse Rasmussen, für Deutschland Genosse Bay, für England Genosse Gibson, für Holland Genosse Lansink und Genosse Dooses, für Jugoslawien Genosse Kohut, für Norwegen Genosse Andersen, für Oesterreich Genosse Hompas, für Schweden Genosse Ljungquist, für die Tschechoslowakei die Genossen Slach, Müller und Gebhardt, für den tschechischen Zweig Lakyrnikú die Genossen Burianek und Sindelak, für Ungarn Genosse Szell, als Gast für Belgien Genosse Flament. Das internationale Sekretariat war durch die Genossen Streine, Mark und Ringel (Hamburg) vertreten, außerdem waren Genosse Tayerle für den IGB und Dr. Sulek vom Internationalen Arbeitsamte anwesend.

Auf der Tagesordnung stand der Bericht des internationalen Sekretärs Streine, worauf die Delegierten der einzelnen Staaten über den Stand und die Tätigkeit ihrer Organisationen eingehende Referate erstatteten. Der Bericht des Vertreters des Verbandes der Maler und Lackierer in der Tschechoslowakei stellt eine bedeutende Verschlechterung der Lage gegen das Vorjahr fest. An Arbeitslosenunterstützungen wurden bei uns nebst dem Staatszuschuß in den Jahren 1929 und 1930 K 271.103.70 ausbezahlt, während im ersten Halbjahre 1931 K 598.206.80 benötigt wurden. Das Kleinmeistertum nimmt ständig zu, die Lage der Lehrlinge ist eine besonders schwere, die Lehrzeit wurde in Prag um ein halbes Jahr verlängert und beträgt jetzt vier Jahre. Die Einstellung von Lehrlingen an Stelle von Gehilfen stellt eine Ausbeutung dar. Notwendig ist eine Novellierung des Bleiweißgesetzes und Maßnahmen gegen das gefährliche Spritzsystem. Am schwersten ist die Situation in Norwegen, wo die Bauarbeiter, darunter 1100 Maler, seit zweiundzwanzigeinhalb Wochen im Lohnkampfe stehen, den sie dank der großzügigen Unterstützungen seitens der Gewerkschaftsinternationale und der Malerverbände in Skandinavien und Deutschland bisher erfolgreich geführt haben.

Die Konferenz befaßte sich dann mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der allgemeinen industriellen Entwicklung und mit den Produktionsbedingungen im Maler- und Lackierergewerbe insbesondere. Der Rationalisierung, Berufsausbildung und den Beschäftigungsmöglichkeiten wurde eine längere Debatte gewidmet. Sodann befaßte man sich eingehend mit den Berufskrankheiten (der Bleiweißgefahr) und den Maßnahmen in jenen Ländern, wo das Genfer Abkommen gegen die Verwendung von Bleiweißfarben noch nicht ratifiziert ist, zu welchen leider (England, Deutschland und Holland gehören, welch letzteres Land sogar eine starke Produktion dieser Giftfarben hat. Das Sekretariat wurde mit der Erledigung eines Antrages des Genossen Flament über die Verwendung von bleiweißhältigen Farben betraut, da die belgische Gesetzgebung in dieser Beziehung vorbildlich ist.

Da die Genossen Streine und Mark wegen Uebernahme anderer Funktionen demissionierten, wurden Genosse Bay (Vorstand des Deutschen Malerverbandes) und Genosse Mehrens an ihre Stelle einstimmig in das Sekretariat gewählt und den scheidenden Funktionären, nach 17jähriger Tätigkeit, für ihre verdienstvolle Arbeit, den Mitgliederstand von 60.000 auf nahezu eine Viertelmillion gebracht zu haben, der Dank aller Anwesenden ausgesprochen. J. R.

Wie wird der Winter?

Die Tierwelt richtet sich auf einen strengen Winter ein — Was die Meteorologen sagen.

Wie der Winter wird, ist eine bange Frage, die heute Hunderttausende aus ernsten wirtschaftlichen Erwägungen bewegt.

Für die Beantwortung dieser Frage gibt es zwei Methoden: eine wissenschaftliche und ein unwissenschaftliche. Die wissenschaftliche Methode nimmt für sich die Exaktheit ihrer Forschungsgrundlage in Anspruch, kann aber bisher nur wenig überzeugende Resultate dieser Forschungsarbeit aufweisen. Die unwissenschaftliche Methode, das, was die Wissenschaftler so gewöhnlich Volksaberglaube nennen, setzt sich aus meist recht interessanten und sehr ernst zu nehmenden Beobachtungen, zum Teil aber auch aus grobem Unfug zusammen.

Es ist sicher eine ebenso interessante wie richtige Beobachtung, wenn die Landwirte feststellen, daß die in der Erde überwinternden Insektenlarven sich besonders tief in den Erdboden eingegraben haben. Daraus schließt der Landwirt mit Recht auf einen strengen Winter. Die Natur besitzt eben einen eigenartigen Instinkt, der uns Menschen verloren gegangen ist und der diese Tiere schon heute davor warnt, daß der Erdboden im kommenden Winter infolge der Strenge des Winters sehr tief einfrieren wird.

Auch aus dem plötzlichen Abbrechen eines Vogelzuges kann man auf eine Verschlechterung der Witterung schließen. Die Vögel haben mit ihren viel feineren Sinnen die für sie lebensbedrohende Gefahr des Witterungsumschlages erkannt und frühzeitig danach ihr Verhalten eingerichtet.

So gibt es auch für den Winter eine Anzahl von Wettervorbereitungen bei den Tieren, die man durchaus ernsthaft bewerten kann. Wenn zum Beispiel, wie es in diesem Jahre der Fall ist, die Tiere ihren Winterpelz sehr viel früher erhalten, als es sonst gewöhnlich der Fall ist, so schließt man daraus, sicherlich nicht mit Unrecht, auf einen besonders frühen Winter, gegen den die Tiere sich von vornherein durch frühzeitigen Pelzwechsel schützen. Beim Wild hat man häufig die Beobachtung gemacht, daß es sich im Winter umso früher zu größeren Rudeln zusammenschließt, je früher der Winter einsetzt. Die Förster und Jäger berichten nun, daß in diesem Jahre auch diese Erscheinung der Sammlung der Rehe und des Rotwildes frühzeitiger eingesetzt hat, als es sonst der Fall zu sein pflegt. Das sind die Anzeichen für den frühen Winter, der uns in diesem Jahre bevorstehen soll. Die Landwirte glauben jedenfalls unbeirrt an solche Wetterzeichen.

Die Vögel — vor allem die Zugvögel — sind ziemlich sichere Wetterpropheten, die auch von den Wissenschaftlern beachtet werden. Da sind zum Beispiel die Schneegänse, die im allgemeinen in nördlichen Breiten leben, sich aber in Vorahnung eines kommenden strengen Winters weiter nach Süden begeben, als sie es sonst getan haben würden.

Die Meteorologen glauben diesmal nicht an einen sehr strengen Winter. Sie bestreiten jedenfalls die Möglichkeit einer Wiederholung des Winters 1928/29, was allerdings nicht sehr viel besagen will, denn so harte Winter folgen wohl im allgemeinen nicht so kurz aufeinander und auch ein weniger strenger Winter kann für unsere normalen Begriffe noch immer streng genug sein. Dagegen sind die Meteorologen der Ansicht, daß wir in diesem Jahre einen besonders frühen Winter erhalten werden. In dieser Beziehung stimmen also die wissenschaftlichen und die unwissenschaftlichen Aussagen überein.

Erwin Dahl.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag:

Prag: 7.00 Frühkonzert aus Karlsbad. 9.00 Geistliche Musik. 15.00 Reportage vom Flugzeug. 17.15 Schallplatten. 17.50 Deutsche Sendung: „Die Magd als Herrin" von Pergolese. 19.25 „Rigoletto", Oper von Verdi. 22.45 Tschechische Tanzmusik. — **Brünn:** 17.50 Schallplatten. 18.00 Deutsche Sendung: Stefan Schleichkorn. 19.30 „Pique Dame", Oper von Tschaikowskij. — **Preßburg:** 10.30 Promenadenkonzert. 12.05 Orchesterkonzert. — **Berlin:** 11.30 Bach-Kantate. — **Breslau:** 9.00 Blasmusik. — **Hamburg:** 16.15 Mandolinenkonzert. — **Königsberg:** 12.25 Schubert—Mendelssohn. 18.40 Musik für Violine und Cello. — **Leipzig:** 16.00 Die Gitarre und ihre Meister. 16.00 Musik nach Shakespeare. — **München:** 18.30 Landsknechte. — **Wien:** 20.00 „Bruder Straubinger", Operette von Eysler.

Tagesneuigkeiten

Verunglückte Flugmanöver.

Drei polnische Piloten abgestürzt.

Warschau, 18. September. Im Laufe des heutigen Tages ereigneten sich in Polen zwei schwere Flugzeugkatastrophen. In der Nähe von Plock stürzte ein Militärflugzeug, das an den gegenwärtig in Polen stattfindenden militärischen Flugmanövern teilnahm, ab. Die beiden Insassen, ein Fliegerleutnant und ein Flieger-Unteroffizier, fanden unter den Trümmern des Flugzeuges den Tod.

Auf dem Warschauer Militärflugplatze stürzte heute ein zum Fluge startendes Flugzeug auf das Dach eines Hangars, der durch den Absturz des Flugzeuges gänzlich vernichtet wurde. Das Flugzeug wurde ebenfalls vollkommen zertrümmert und der Pilot, ein Fliegerleutnant, fand den Tod.

Zum Kapitel Dorfgemeinschaft berichtet der Karlsbader „Volkswille": Nach Sandau ist eine 82jährige Greisin zuständig. In dieser Gemeinde befindet sich ein Armenhaus, das eine Gefahr für die gesunden Knochen der Insassen bedeutet. Die alte Frau lehnte daher das Bewohnen dieser Feste ab. Nachdem sie aber im Bezuge der staatlichen Altersunterstützung stand, wurde die Anzeige erstattet, daß sie vagabundiere. Erreicht wurde, daß der Greisin die 300 Kronen Unterstützung entzogen wurde. Die Gemeinde Sandau hat sich bei diesem Geschäfte einige lumpige Kronen erspart. Dieses Beispiel, das durch Hunderte andere ergänzt werden kann, zeigt die Leiden der Landbewohner. Es löst die ganze Hohlheit der sogenannten Dorfgemeinschaft erkennen. Auch in den Dorfgemeinden regiert der wirtschaftlich Starke. Die wirtschaftlich Schwachen müssen sich daher eine Interessenvertretung schaffen. Wähler, Wählerinnen! Wählt sozialdemokratisch!

Im „revolutionären" Drang ... Aus Neudorf, Bezirk Graslitz, wird berichtet: Am Freitag abends hat hier eine kommunistische Wählerversammlung stattgefunden. Es waren zu diesem Zwecke eigens zwei kommunistische Referenten aus Rothau erschienen, welche die Neudorfer Revolutionäre über alle Fragen, die mit der Gemeindewahl zusammenhängen, informierten. Die Neudorfer waren gelehrige Schüler, stellten auch eine Kandidatenliste mit fünf Kandidaten zusammen und überreichten diese Liste am Sonntag in der Frühe am Gemeindeamte. Dort mußten sie jedoch mit Erstaunen vernehmen, daß die Wahl in Neudorf erst im Frühjahr 1932 stattfindet. Betrübt zogen die Herrschaften wieder ab. Sie müssen also mit Sowjet-Neudorf noch ein halbes Jahr warten!

Wirkliche Schnellzüge in der Tschechoslowakei? Das Eisenbahnministerium, das leider noch kaum jemals einen fähigen Leiter an seiner Spitze gesehen hat, begründet die erbärmliche Durchschnittsgeschwindigkeit unserer „Schnellzüge", deren Maximalgeschwindigkeit heute in bestem Fall 60 Stundenkilometer beträgt, mit dem „schlechten Unterbau". Gewiß — Eisenbahnminister a la Georg Stribrny hatten anderes zu tun, als sich um derartige Bagatellen zu kümmern. Jedenfalls sind heute die Bahnkörper in ärgerem Zustande, als vor dem Umsturz — und wir schreiben heute das Jahr 13 der nationalen Befreiung. In den dreizehn Jahren war noch nicht Zeit gewesen, den vom alten Oesterreich ererbten Uebelstand zu beheben. Nun setzt man wieder einmal vielverheißende Pressenotizen in Umlauf. Unsere Schnellzüge sollen künftig bis hundert Stundenkilometer fahren. Wir brauchen bloß die Kundgebung unserer Eisenbahner vom 4. Juni d. J. in Betracht zu ziehen, um den ernstesten Zweifel an diesen Verheißungen völlig zu rechtfertigen.

Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen, hat in ihrer letzten Sitzung 11 Fälle erfolgreich behandelt, u. a. auch der Fall des Knaben K. aus T. Der Junge, 10 Jahre alt, hat durch schlechte Gesellschaft, bedingt durch Unbeaufsichtigtsein, kleinere Diebereien sich zuschulden kommen lassen. In einem Geschäfte entwendete er eine Börse, in einer Familie, in der er freien Mittagstisch genoß, eignete er sich Schmucksachen an u. a. m. Trotz Ueberführung der Diebereien, bewies er seine Verstocktheit, er log, daß er die Sachen geschenkt bekommen hätte usw. Die Deutsche Landeskommission und die zuständige Deutsche Bezirksjugendfürsorge reichen dem Verführten noch einmal die Hand auf den rechten Lebensweg. In einer Erziehungsanstalt wird er und soll er Muße finden, sich zu bessern und ein ordentliches Mitglied der Gesellschaft werden. Aber nicht allein Erziehungsfragen bilden Gegenstand der wöchentlichen Sitzungen unserer Deutschen Landeskommission. Hier werden armen, notleidenden Kindern Schuhe, Mantel, warme Kleidung, ganze Anzüge zugebilligt, dort verwaisten und verlassenen Kindern in gediegenen Pflegestellen Ersatz für das fehlende nie gekannte Vaterhaus geboten. Oder unglücklichen, dresthaften Kindern durch Behandlung auf Jahresbetten der Deutschen Landeskommission im Krüppelheime, wenn nicht Heilung, so doch wesentliche Besserung von schweren Leiden und Verkrüppelungen geboten. Und wenn Heimatsgemeinde, zuständige Jugendfürsorge, Eltern und Verwandte infolge der außerordentlich drückenden Wirtschaftslage die Gesamtkosten einer Behandlung nicht erschwingen können, dann springt wieder unsere DLK. rettend ein und nimmt Leidenträge auf sich — zu den täglich höher werdenden Lasten neue sich aufbürdend, immer bestrebt, dem notleidenden, verlassenen und verfolgten, deutschen Kinde, ohne Unterschied der Partei, zu helfen.

Großer Mühlenbrand bei Pilsen. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag brach in der Dampfmühle der Firma Fröhlich in Plovice bei Pilsen ein großer Brand aus, der sich vom Mühlhaus aus rasch auf die übrigen Mühlengebäude ausdehnte. Das Feuer fand in dem Gebälk und in den Getreidevorräten, wovon etwa eineinhalb Waggon vernichtet wurden, reichlich Nahrung und breitete sich so rasch aus, daß elf Feuerwehren mit drei Dampf- und acht Handspritzen sich nur auf den Schutz des bedrohten Objektes beschränken mußten. Außer dem durch eine Feuermauer geschützten Wohngebäude brannte in etwa drei Stunden sozusagen alles nieder. Der Schaden, der sehr groß ist, wird erst festgestellt. Einen Unfall erlitt bei den Löscharbeiten niemand. Die Ursache dieses Großfeuers wird von der Gendarmerie untersucht.

Die Naphthaquelle bei Moreni (Rumänien), die schon zwei Jahre brannte und welche rumänische und ausländische Ingenieure zu löschen versuchten, hörte am Freitag von selbst zu brennen auf. Der Brand war eine ständige Quelle von Befürchtungen, da die durch das unterirdische Feuer entstehenden Gase die Petroleumgewinnung des ganzen Gebietes bedrohten.

Bei hellichtem Tag wurde am Freitag in Budapest ein Juwelierladen in der Szondy-Gasse ausgeraubt. Zwischen 13 und 14 Uhr, als der Geschäftsinhaber beim Mittagessen war, erschienen zwei Männer mit einer Leiter und einem Wassereimer vor dem gesperrten Laden und machten sich emsig ans Scheibenputzen. Dabei drang der eine durch das obere kleinere Fenster der Auslage in den Laden, den er fast gänzlich ausraubte, und kehrte mit der Beute auf demselben Wege zurück. Die Tat wurde erst vom zurückkehrenden Ladeninhaber entdeckt, da die verwegenen Einbrecher, ohne aufzufallen, entkommen konnten. Der Schade wurde noch nicht festgestellt.

Bei dem Bau einer Waldbahn des Betriebes Szolyva in Svaljava (Karpathorußland) stürzte hinter der Gemeinde Holubina ein untergrabener Abhang ab und begrub drei Arbeiter, von denen einer getötet, die zwei anderen schwer verletzt wurden.

Markierte Räuber. Auf dem Württemberger Bahnhofe Korntal drangen Freitag früh gegen 6 Uhr zwei maskierte Männer in das Fahrdienstzimmer und gaben auf den diensttuenden Beamten zwei Schüsse ab, die ihn in den Bauch und in das Becken trafen. Während der schwerverletzte Beamte um Hilfe rief, flüchteten die Täter, die es offenbar auf einen Kassenraub abgesehen hatten.

Auf der Stelle tot. In der Nähe von Püspökladany (Ungarn) stürzte ein von einem Herrenfahrer gesteuertes Auto in einer Biegung in den Straßengraben. Der Führer des Autos blieb auf der Stelle tot, die drei übrigen Insassen kamen mit kleineren Verletzungen davon.

Die mährischen Kasseneinbrecher. In der Nacht auf Freitag wurde in Friedek die feuerfeste Kasse des Konsums „Budoucnost" erbrochen und es wurden aus ihr 11.000 K entwendet. In der gleichen Nacht wurde der Auslagekasten der Firma Rolo aufgeraubt, wobei Kleider für einige Tausend Kronen entwendet wurden.

Zu spät geschlossene Schranken. Der aus Trzynietz nach Tschechisch-Teschen verkehrende Lastzug erfaßte am Freitag ein die Bahnstrecke überquerendes Lastauto und schleppte es einige Meter weit mit sich fort. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert. Der Chauffeur und zwei Arbeiter waren rechtzeitig vom Auto herabgesprungen, als sie den Zug nahen sahen, so daß sie nur kleinere Abschürfungen erlitten. Es scheint, daß der Weichenwärter die Schranken zu spät herabließ, während der Chauffeur in einer Kurve den herannahenden Zug in einer gewissen Entfernung nicht sehen konnte.

Nur ein Dummer-Jungenstreich. Von der Reichsbahndirektion wird mitgeteilt, daß es sich bei dem „Eisenbahnanschlag" auf der Strecke Rosenheim—Salzburg um einen Dummen-Jungenstreich handelt. Es wurde festgestellt, daß die Steine von Jugendlichen im Alter von acht bis zehn Jahren auf das Gleis gelegt wurden. Selbst wenn der Bahnwärter die Steine nicht entfernt hätte, würde ein Zugsunfall nicht in Frage gekommen sein.

Prähistorische Funde in Mesopotamien. Englischen Ingenieuren, die mit der Vermessung der Bagdadbahnstrecke beschäftigt sind, ist es gelungen, in der Nähe von Hilth in der Syrischen Wüste anthropologische Funde aus der paläolithischen und der neolithischen Epoche zu machen. Aus ihnen geht hervor, daß die heute nur spärlich von Nomaden bevölkerte große Syrische Wüste einmal bewohnt war, mildes Klima und Wasser hatte, so daß sie in der Steinzeit der Sitz einer hohen Zivilisation gewesen ist. Die wissenschaftliche Bedeutung dieser Funde hat sich schon bei oberflächlicher Betrachtung als so groß erwiesen, daß die Forschungen durch die Expedition einer englischen Universität fortgesetzt werden sollen.

Verschwundene Ehefrau. Wie uns aus Komotau berichtet wird, ist seit einigen Tagen die in Oberdorf wohnhafte Schlossersgattin Marie Zimmermann spurlos verschwunden. Die Zimmermann hatte sich, während ihr Mann schlief, in später Nachtstunde aus der Wohnung entfernt und ist seither nicht mehr zurückgekehrt. Der Ehemann erstattete die Abgängigkeitsanzeige, doch blieben die eingeleiteten Erhebungen bisher ergebnislos.

Ermordung eines Ehepaares. In der Nähe von Oschersleben wurde der 21 Jahre alte Knecht Walter Zemper verhaftet: Zemper ist geständig, am 12. September gemeinsam mit seinem Freund und dem Schlosser Karl Fleischmann, das Ehepaar Wilhelm Klump in Heteborn (Kreis Oschersleben) ermordet und beraubt zu haben. Nach Fleischmann wird noch gesucht. Die Mörder haben die alten Leute, die im 66. und 67. Lebensjahr standen, nach hartem Kampfe überwältigt und erwürgt. Dann durchsuchten sie die Räume, erbeuteten aber nur fünf Mark und zwei Mäntel, die sie nach ihrer Flucht bei einem Gastwirt in Thale als Pfand zurückließen, weil sie ihre Zeche nicht bezahlen konnten. Die Mordkommission der Landespolizei fand bei ihrer Untersuchung im Klumpschen Hause u. a. einen Knopf, der einem der Täter im Handgemenge abgerissen worden war. Auf diese Weise wurde Zemper ermittelt, der früher bei Klump als Bauernknecht angestellt war. Als Zemper verhaftet wurde, leugnete er die Tat; er bequemte sich erst zu einem Geständnis, als er zu einem Lokaltermin nach Heteborn gebracht werden sollte. Er nannte Fleischmann als Mittäter.

Parteigenossin! — Parteigenosse!
ist Deine Tochter — Dein Sohn
schon in den Reihen der
sozialistischen Arbeiterjugend.
ist sie (er) schon Mitglied des
„Sozialistischen Jugendverbandes?"

Grönland unterliegt der Zivilisation.

Grönland stand in der letzten Zeit öfters im Mittelpunkt nicht nur der wissenschaftlichen Diskussion. Zahlreiche Expeditionen, die zum Teil ein trauriges Ende fanden, haben im Laufe der letzten Jahre Grönland nach allen Richtungen durchzogen, um Klarheit über seine Bodengestaltung und — seinen Mineralreichtum zu erhalten.

Grönland ist ein riesiges Land, ein Kontinent fast, mit einer lächerlich geringen Bevölkerung. Ganze 15.000 Menschen zählt sie, die ausschließlich einen schmalen Streifen der Südküste des Landes bewohnen. Diese Bevölkerung lebt ein wahrhaft seltsames Leben. Acht Monate des Jahres ist Winter, und zwar ein Winter, für den die Bezeichnung „barbarisch" viel zu milde ist. Wochenlang ist überhaupt Nacht. Infolgedessen zerfällt das Jahr für den Grönländer in zwei viel schärfer getrennte Teile als bei uns.

Der Grönländer hat bisher nur einen einzigen Wirtschafts- und Handelsgegenstand gekannt, der ihm alles bedeutete, auf dem seine ganze Existenz stand. Das war der Seehund. Ob nun die Grönländer bei langsam anwachsender Bevölkerung etwas zu scharf ins Zeug gegangen sind, oder ob sich der Seehund sonstwie verärgert gefühlt hat, steht nicht fest. Fest steht nur, daß der Seehund zusehends die grönländischen Gestade meidet. Die Folge war, daß sich Grönlands Wirtschaft umstellen mußte, und dies zwar sehr rasch, wenn keine Hungersnot die Folge sein sollte. Auf den Rat und unter der Protektion Dänemarks warf man sich vor allem auf die Viehzucht, und zwar vorwiegend auf Schafe. Aus Dänemarks gesegneten Fluren wurden 1000 Zuchtschafe nach Grönland geführt und die Sache ließ sich anfangs recht gut an. Es zeigte sich aber bald, daß diese Umstellung kein Segen für Grönland war. Der Bevölkerung bekam die Umstellung in keiner Weise. Kenner des Landes, unter anderem Prof. Gripp, der die Verhältnisse im letzten Sommer eingehend studierte, sind übereinstimmend der Meinung, daß sich die sprichwörtliche Gesundheit des grönländischen Volkes auf absteigender Bahn befindet. Das vitaminreiche frische Seehundfleisch kann nur ungenügend durch andere tierische Nahrung ersetzt werden. Hinzu kommt noch, daß man im letzten Jahrzehnt fast überall in Grönland von der alten Pelzbekleidung zu Baumwollstoffen übergegangen ist. Die alte Pelzkleidung, die direkt auf dem Körper getragen wurde, ermöglichte eine ungleich bessere Hautatmung.

Daß die Grönländer ein hochintelligenter Menschenschlag sind, ist altbekannt. Dieser Tatsache hat schon Jean Paul in seinen „Grönländischen Prozessen" Rechnung getragen. Tatsache ist, daß es auf Grönland keine Analphabethen gibt, wenn man die wenigen fast unzugänglichen Siedlungen an der Südostküste ausnimmt. In Grönland kommt auf zehn Kinder eine Schule. Vom 7. bis zum 14. Lebensjahr besteht allgemeine Schulpflicht. Während des langen Winters finden zahlreiche Fortbildungskurse statt, die auf einem beachtlichen wissenschaftlichen Niveau stehen. Fast jeder Grönländer verfügt zudem über einen Radioapparat, der ihn mit der ganzen Welt verbindet.

Eine dänische Studienkommission hält sich bereit, nach Grönland zu fahren, um sich über neue Hilfsmaßnahmen schlüssig zu werden. Der grönländische Volksrat ist unzufrieden. Er verlangt für die grönländische Fischerei ausgedehnteren Schutz als bisher und eine Art Monopolstellung. Dänische Versuche, Grönland dem Fremdenverkehr zu erschließen, sind heftig zurückgewiesen worden. Die Besuche fremder Handelsschiffe werden von Jahr zu Jahr zahlreicher. Diesem immer lebhafter werdenden Schiffsverkehr schiebt der Grönländer auch die hauptsächliche Schuld am Verschwinden der Seehunde zu.

Schatten über Grönland. Es ist demgegenüber ein etwas magerer Trost, daß es auf Grönland keine Kriminalität, keine Verbrechen gibt. Mit den üblichen Streitigkeiten wird ein Friedensrichter leicht fertig. Grönland ist infolgedessen auch das einzige Land der Welt, das kein Gefängnis hat. Man stelle sich das an europäischen Verhältnissen vor: 15.000 Menschen und kein Gefängnis.

H. Borg.

Die Anfänge der Buchdruckerkunst.

Deutsche gründeten Druckereien in aller Welt.

Als Gutenberg die erste Buchdruckerei errichtet hatte, verbreitete sich die Nachricht davon auch bald in das Ausland, und als dann die ersten in dieser Druckerei hergestellten Bücher ausländischen Gelehrten, Staatsmännern usw. zu Gesicht kamen, waren auch fremde Stadtverwaltungen sorglich darauf bedacht, sich eine Buchdruckerei einzurichten und dazu deutsche Buchdrucker heranzuziehen. Ein deutscher Buchdrucker war in den ersten Jahrzehnten nach Erfindung der Buchdruckerkunst für das Ausland eine sehr wichtige und auch viel umworbene Persönlichkeit. Wenn es galt, einen solchen Schwarzkünstler zu gewinnen, so wurden sogar Staatsaktionen unternommen. Die ersten deutschen Buchdrucker, die in das Ausland gingen, mußten naturgemäß auch erst die Buchdruckereien einrichten und sich Personal heranbilden. Es mußten also tüchtige Fachleute sein und sie wurden auch verhältnismäßig hoch bezahlt. Oefter hatten sie eine beamtenartige Stellung, und ihnen waren allerlei Privilegien zugesichert.

Ohne ein bestimmtes Ereignis im Jahre 1462 wären aber wohl die deutschen Buchdrucker, die Gutenberg angelernt hatte, nicht so rasch in alle Welt zerstreut worden. Dieses Ereignis war der Ueberfall Adolf von Nassaus auf die Stadt Mainz im Oktober des genannten Jahres. Bei diesem Ueberfall wurde auch die Buchdruckerei zerstört, die Gutenberg eingerichtet hatte. So waren die Buchdrucker in Mainz zunächst erwerbslos geworden und entfernten sich nun aus Mainz. Hauptsächlich diese Buchdrucker und deren Angelernte waren es, die in den nächsten Jahren in Köln a. Rh., Augsburg, Nürnberg, Speyer, Merseburg, Eßlingen und anderen Städten als Buchdrucker hervortraten. Bereits drei Jahre nach dem Ueberfall auf Mainz lassen sich zwei deutsche Buchdrucker in einem Kloster bei Rom nachweisen. Sie hießen Konrad Sweynheim und Arnold Pannatz.

Bald lassen sich deutsche Buchdrucker auch in Venedig nachweisen. Diese Stadt blieb dann auch für lange Zeit die weitaus wichtigste Stadt Italiens für die Buchdruckerkunst. Von den ersten deutschen Buchdruckern in Venedig ragen besonders zwei Namen hervor, Christof Waldarfer und Erhart Rasdolt. Waldarfer war aus Regensburg angeworben worden, Rasdolt aus Augsburg. Ein Deutscher war es auch, der bereits im Jahre 1470 in Paris die erste Buchdruckerei einrichtete. Die im Jahre 1470 im Kloster Beromünster im Kanton Luzern errichtete, ist vielleicht auch von einem Deutschen. Nachdem Rom und Venedig deutsche Buchdrucker genommen hatten, gaben sich auch alle anderen größeren Städte Italiens große Mühe, solche Kräfte heranzuziehen. So kamen Buchdrucker aus Deutschland nach Neapel, Mailand, Florenz, Padua, Bologna usw. Auch für Spanien wurden Buchdrucker aus Deutschland angeworben. Die erste, von Deutschen gegründete spanische Buchdruckerei entstand im Jahre 1474 in Valencia, die zweite 1475 in Saragossa, die dritte 1477 in Sevilla. Ebenso entstand die erste böhmische Druckerei durch Deutsche, wahrscheinlich um das Jahr 1475. Nach Ungarn wurde ein deutscher Buchdrucker mit Namen Andreas Heß geholt, der vorher bereits in einer italienischen Stadt tätig war. Im gleichen Jahre wie in Ungarn, nämlich 1474, wurde die erste Buchdruckerei in England eingerichtet, ebenfalls von einem Deutschen. Brüssel, Antwerpen und Brügge erhielten die ersten Druckereien im Jahre 1476. Verhältnismäßig spät wurde die Buchdruckerei in Wien eingeführt; die erste Druckerei entstand nämlich dort erst im Jahre 1482.

Harlem in den Niederlanden erhielt die erste Druckerei im Jahre 1483, Amsterdam im Jahre 1500. Zehn Jahre später hatte Dänemark die erste Druckerei in Kopenhagen eingerichtet, auch unter Mitwirkung von deutschen Buchdruckern. Das Jahr 1491 war das Gründungsjahr für die erste Druckerei in Krakau, in Moskau entstand zum ersten Male eine solche Einrichtung im Jahre 1563. Ueber das Meer kam die Buchdruckerei erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Doch waren es nicht die Einwanderer, sondern diese wurde im Jahre 1569 in der Stadt Mexiko eingerichtet. Die erste Buchdruckerei in den heutigen Vereinigten Staaten wurde im Jahre 1639 eingerichtet. Konstantinopel erhält die erste Druckerei im Jahre 1727.

Die deutschen Buchdrucker haben also, besonders bis zum Jahre 1500, zum Teil aber auch noch darüber hinaus, eine große Kulturarbeit getan. Allein vom Jahre 1465 bis zum Jahre 1500 sind im Auslande, soweit es nachgewiesen werden konnte, 84 Druckereien von Deutschen eingerichtet worden. Wahrscheinlich ist, daß deren Zahl noch größer war, weil sich die Pioniertätigkeit der Deutschen nicht immer nachweisen läßt und auch, weil nicht die Gründung jeder Druckerei besonders vermerkt wurde.

E. W.

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Čechoslovakischen Republik.
Hauptanstalt: Prag II., Bredauergasse 14.
Zweigniederlassungen:
Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, Č. Teschen, Trautenau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.
1009

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 18. September.) An der Produktenbörse war das Geschäft bei kleinem Besuche sehr ruhig. Am Mahlgetreidemarkte machte sich eine freundlichere Stimmung geltend, doch kam dies infolge mangels an Geschäftstätigkeit in den Preisen nur bei Roggen zum Vorschein, der weniger angeboten war. Die Weizennotierungen blieben unverändert. Roggen zog um 1 K an und notierte 151 bis 154. In Gerste wurden bei Eröffnung Versuche unternommen, den Preis herabzudrücken, doch konnte bei dem geringen Angebot dies nicht erzielt werden und die Notierung stellte sich vielmehr um 1 K höher (Auswahlgerste 1931 137—142, Ia Gerste 128 bis 134, Mittelgerste 122—125). Hafer konnte bei festerer Stimmung um 1 K sich bessern (böhmischer Hafer 1931 116—118, fehlerhafter 104—110). Die übrigen Märkte hatten eine ruhige Tendenz und die Preise notierten fast überall unverändert. Nur in Futtermitteln trat bei Sojaschrot deutscher Provenienz eine Verbilligung um 1 K ein (105—106). Ebenso gaben getrocknete Rübenschnitzel um 1 K nach (41—42). Eier zogen weiter an und zwar notieren frische böhmische und mährische 44—46, frische slowakische 40—42, polnische frische 40—42, polnische frische zu 1440 Stück 24—25.50 Dollar.

Kunst und Wissen

Späterer Vorstellungsbeginn. Um vielfachen Wünschen des Publikums zu entsprechen, hat sich die Direktion entschlossen, versuchsweise den Beginn aller Vorstellungen von kürzerer Aufführungsdauer auf 8 Uhr abends anzusetzen. Diese versuchsweise Neuregelung bezieht sich sowohl auf das Neue Deutsche Theater wie auf die Kleine Bühne. Um Mißverständnissen vorzubeugen, werden die Theaterbesucher gebeten, die in den täglichen Veröffentlichungen jeweils angegebenen Anfangszeiten freundlichst zu beachten.

Einmaliges Gastspiel Harry Liedtke und Ensemble. Mittwoch, den 23. d. M., findet im Neuen Deutschen Theater bei aufgehobenem Abonnement eine einmalige Gastspielaufführung der Komödie „Ein idealer Gatte" von Oscar Wilde, mit dem berühmten Filmstar Harry Liedtke als Viscount Goring und Berliner Schauspielkräften in den übrigen Rollen statt. Diese Vorstellung ist das erste persönliche Auftreten Harry Liedtkes an einer Sprechbühne in Prag. Regie: Prof. Eugen Robert, Berlin. Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen.

Die Ausstellung des „Verbandes deutscher Graphiker" im Kunstverein für Böhmen (Pštrossova 12) schließt schon Donnerstag, den 24. d. M. Heute um halb 4 Uhr Führung. Samstag, den 26. d. M., eröffnet der Kunstverein eine Ausstellung der Entwürfe, welche der französische Maler Louis Bouquet für die Repräsentationsräume der Pariser Kolonial-Ausstellung geschaffen hat.

Wochenspielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, 7.30 Uhr: „Der letzte Walzer" (222—4). — Sonntag, 7 Uhr: „Im weißen Rößl" (223—1). — Montag, 7 Uhr: „Der Graue" (224—2).

Wochenspielplan der Kleinen Bühne. Samstag, 7.30 Uhr: „Rina". — Sonntag, 7.30 Uhr: „Intimitäten". — Montag, 7.30 Uhr: „Rina".

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Die Eröffnung des neuen Sportplatzes auf der Hetzinsel findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 3 Uhr, statt. Die Feier wird eingeleitet durch einen Stafettenlauf vom „Sid. dum" bis auf den Platz. Sodann erfolgen Ansprachen von Vertretern der DTJ., Atus und der tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Partei. Anschließend turnerische und leichtathletische Vorführungen, Spiele usw. der Turnvereine. Eintritt frei. Es wird eine recht zahlreiche Beteiligung von seiten der Mitgliedschaft und ebenso von den Genossinnen und Genossen der Partei erwartet. Zugang zum Platz: Von der Hlavka-Brücke längs der Schleuse durch das Viadukt.

Der Film

Gut und Schlecht der Tonfilmwoche.

Man kann und soll nicht mehr alle die Filme ausführlich wahrnehmen, die so eine ereignisreiche Filmwoche zu bieten wagt: da kann man einen „Bettelstudent" mit der Novotna sehen, der nur darum einen Scheinwert hat, weil jetzt viele Hunderttausende Millöckers anheimelnden Musikzauber kennen lernen, wenn auch in der Tonfilmverirrung.

Dann sieht man unter dem Titel „Nie wieder Liebe" das alte, auf dem Theater mit Erfolg abgebrauchte Lustspiel „Dover—Calais", die Geschichte jenes spleenigen Millionärs, der mit über seine sexuale Enthaltsamkeit wetten muß und zu allem happy-end nach dem happy-beginn auch „das geliebte Wesen" erobert. Mich würde einmal interessieren, wie es so im Hirn der Filmgewaltigen aussieht, wenn sie zufällig bei irgendeiner Bank von ihren Artgenossen um lumpige Dutzende von Millionen bestohlen werden? Können diese Herren wirklich nicht so weit denken, daß sie die Lügenfratze dieser Welt als bezeichnend für unsere Zeit ansehen? Mit welchem Raffinement zeigt so ein Tonfilm — leider unterstützt von der ganz ausgezeichnet eingefühlten und rhythmisch bezaubernden Musik des Mischa Spolianisky — diese Gesellschaft von ungeistigen Filmtaumlern! Es ist eine Standardleistung der Harvey und sogar des Liedtke, der diesmal nur ganz selten zum Kotzen reizt, es ist ein Vergnügen, sich über Bressart als Diener vor Lachen zu biegen und doch revoltiert der Verstand sogleich nach dem Verlassen des Kinos gegen diese Lügenhaftigkeit, die da meint, ihre Beschränktheit der Welt als Kultursiegel aufdrücken zu dürfen! Das muß auch bei den besten dieser Filme gesagt werden.

Ein erstmaliges Beispiel vollkommenen Unverstandes am Tonfilm bezüglich der Musik — inhaltlich nicht dümmer, als gewohnt — ist für Prag der M.G.M.-Tonfilm „Die Geschiedenen"; um das Handlungsgerippe dieser Bilderfolge, die leider auch tönt, wiederzugeben, genügen paar Worte: Hausdrachen und Journalist beim Weekendhaus unter Laub am See-Kubat der Eintritt verboten, nach Riesenkuß Riesenverlobung, verschmähter Liebhaber, der mit Auto heimrast; Unglück, nebenbei ein verletztes Mädchen, wird vom Schuldigen sogleich am Krankenbett geehelicht; unterdessen floriert die glückhafte Schriftstellerehe, bis zu einem versuchten Ehebruch des Mannes, dann der Frau, man läßt sich scheiden, die Frau schmiert sich öffentlich auf Bällen, worauf der Mann zu Freunden geht, um das Mobiliar zu zerschlagen, aber schließlich trifft man sich in Paris und happy endet. Dazu wurde eine Kinomusik im lautersten Kientoppstil — bei der Hochzeit „trenlich geführt" aus Lohengrin, sonst Pauken, wenn es innerlich grauen soll — geschaffen, die jetzt die alte Begleitmusik des stummen Films vertreten soll. Dazu hat man also in Amerika getonfilmt; um Hunderttausende von Musikern brotlos zu machen, denn die mechanische Musik ist billiger und der Verdienst darum größer; die Leute reden jetzt im Tonfilm immer, während die Musik weiterspielt; man ist von der Wirklichkeitsnähe zur Wirklichkeitsferne gelangt, etwa eine Kombination von bewegtem Panorama und Musikautomaten. Der Regisseur dieses Erstlingsirrtums heißt Leonard, sein Star ist die schöne Norma Shearer.

W. Ly.

Unentgeltliche Beratungsstunden der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5—7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smečkagasse Nr. 27, statt.

BEQUEMLICHKEIT WIEGT DAS GOLD AUF. Bata

FREUEN SIE SICH AUF DEN WINTER? Auf die schönen Familienabende? Macht sie Euch so angenehm als möglich, schafft Euch unsere billigen, warmen Pantoffeln an.

19.-

Modell 212.
Den Kindern gebet für kühle Herbsttage warme und bequeme Schnallenhalbschuhe. Für Damen Kč 29.—.

19.-

SLIPPERS. Modell 205
Die richtige Ergänzung zu Ihrem Schlafrock. Sie sind aus schwarzem oder blauem Filz mit Clothfutter und Pompons.

29.-

HAUSSCHUHE. Modell 2805
Für Damen, die auch bei Hausschuhen an Absätze gewohnt sind. Sie werden aus gemustertem Samt in schönen Farben hergestellt. Ch 142

PRAGER ZEITUNG.

Die Gemeindewahlen in Prag.

Koppelung der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Die Bezirksvertretung der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation in Prag hielt Donnerstag, den 17. September, eine Sitzung ab, die sich mit der Frage der Koppelung der deutschen sozialdemokratischen Liste mit der Liste einer andern Partei befaßte. In der Sitzung wurde einstimmig beschlossen, das Angebot des Deutschpolitischen Arbeitsblocks mit beiden deutschbürgerlichen Listen in Prag zu koppeln, abzulehnen und die Koppelung mit den tschechischen Sozialdemokraten durchzuführen. Das Schreiben des Deutschpolitischen Arbeitsblocks wurde folgendermaßen beantwortet:

Die Bezirksvertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Prag hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag, den 17. September mit Ihrem Briefe vom gleichen Tage, sowie mit Ihrem Antrage, die in Prag eingereichten, drei deutschen Listen zu koppeln, beschäftigt und wir teilen Ihnen diesbezüglich folgendes mit:

Der Ausfall der Gemeindewahlen vom 27. September wird unserer Auffassung nach mitbestimmend dafür sein, wer die Lasten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise tragen soll, ob die besitzenden oder die besitzlosen Klassen. Die Wahlen sollen also die Entscheidung bringen zwischen den Parteien, welche den Besitz vertreten und jenen, welche die Interessenvertreter der wirtschaftlich schwachen und des sozialen Schutzes bedürftigen Klassen sind. Indem die deutsche Sozialdemokratie die breiten Massen des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei vor den katastrophalen Wirkungen der schweren Wirtschaftskrise zu schützen bemüht ist, sichert sie am besten die Zukunft des deutschen Volkes dieses Landes. Die Sozialdemokratie ist ferner der Ueberzeugung, daß auch die nationalen Interessen der deutschen arbeitenden Klassen am besten gewahrt werden durch die solidarische Zusammenarbeit der Arbeiter aller Nationen. Sie kann sich daher nur mit solchen Parteien verbinden, welche nicht auf Seite der Kapitalisten und damit der ärgsten Bedränger der Mehrheit der deutschen Nation, der Angestellten und Arbeiter, stehen. In diesem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit kann sie ihre Bundesgenossen nur auf Seite der Arbeit suchen.

Zu diesen grundsätzlichen Erwägungen tritt noch der Umstand, daß die deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation in Prag außerstande ist, eine Koppelung mit der Liste der „Deutschen Wahlgemeinschaft" einzugehen, an deren Spitze ein Nationalsozialist steht. Die nationalsozialistische Partei ist die Partei des organisierten Terrors gegen die Arbeiterklasse. Sie hat den Mord an politisch Andersdenkenden zum Kampfmittel gemacht und ihre Anhänger haben in den beiden deutschen Staaten eine Reihe von sozialdemokratischen und republikanischen Politikern in brutaler und heimtückischer Weise gemordet. Die Partei bekennt sich zu den Methoden des Fascismus, dessen Ziel die Niederknüppelung der Demokratie, die politische Knechtung und materielle Verelendung der arbeitenden Menschen ist.

Wenn wir auch in dem einen oder anderen Ort — dort, wo wichtige soziale Interessen der deutschen Arbeiterklasse auf dem Spiele stehen — einer Koppelung mit diesen Parteien zustimmen, so halten wir an unserer Ueberzeugung fest, daß eine wirkliche nationale Verständigung und Versöhnung — und dies gilt auch für Prag — nur ein Werk der beiden sozialdemokratischen Parteien sein kann. Wir glauben aus verschiedenen Ereignissen gerade der letzten Zeit auf Prager Boden darauf hinweisen zu können, wie erfolgreich sich die Zusammenarbeit der beiden sozialdemokratischen Parteien ausgewirkt hat.

Angesichts dieser unserer Auffassung können wir unseren Prager Wählern nicht zumuten, durch ihre Stimme die Wahl eines Angehörigen der Partei des Hakenkreuzlers, die bereits oben charakterisiert wurde, oder der christlichsozialen Patei, welche Totengräberarbeit an der deutschen Selbstverwaltung geleistet hat, zu ermöglichen.

*

Die gestrige „Prager Abendzeitung" berichtet, daß in der donnerstägigen Sitzung der Bezirksvertretung über die Frage der Koppelung Meinungsverschiedenheiten herrschten. Wir stellen fest, daß daran kein wahres Wort ist, daß der Beschluß, wie wir bereits oben bemerkt haben, einstimmig gefaßt worden ist und daß alle Diskussionsredner sich für das Koppeln mit den tschechischen Sozialdemokraten ausgesprochen haben. Auch die Behauptung, daß Genosse Dr. Strauß die übrigen deutschen Parteien ersucht hat, die Frist, bis zu welcher die Bezirksorganisation ihre Entscheidung den übrigen deutschen Parteien bekanntgeben wird, zu erstrecken, entspricht nicht den Tatsachen.

Unsere „Konsumgenossenschaft" im Werden.

Wie wir unseren Lesern bereits mitteilten, hat sich nun auch in Prag eine deutsche Selbsthilfeorganisation der Verbraucher gebildet, die „Konsumgenossenschaft in Prag." Frei von allen störenden Einflüssen kann nun ans Werk gegangen werden. Bis jetzt haben sich 183 Mitglieder einschreiben lassen. In Anbetracht der wenigen Tage, seit denen die Konsumgenossenschaft ins Leben gerufen wurde, berechtigt die Zahl der bereits gewonnenen Mitglieder zu der Hoffnung, daß sich bei der Aufnahme der Güterabgabe der Mitgliederkreis noch vervielfachen wird. Der Vorstand der jungen Verbrauchergenossenschaft hat bereits die Vorbereitungsarbeiten aufgenommen. Ein Lokal für die erste Verteilungsstelle wurde bereits in der inneren Stadt aufgenommen. Nun heißt es, den Verteilungsraum zweckentsprechend, modern und schön einzurichten. Die Leitung hat bereits eine allen Anforderungen einer modernen Ladenkultur entsprechende Einrichtung in Auftrag gegeben, so daß in kürzester mit der Eröffnung der ersten Verteilungsstelle gerechnet werden kann.

Es gilt nun, den Kreis der Mitglieder zu erweitern. Jeder, der als Verbraucher Interesse an einer vorteilhaften Bedarfsdeckung hat, wird den Weg zur „Konsumgenossenschaft" finden. Die Leistungsfähigkeit der neuen Genossenschaft wird den Beweis ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit für die deutschen Verbraucher Prags erbringen.

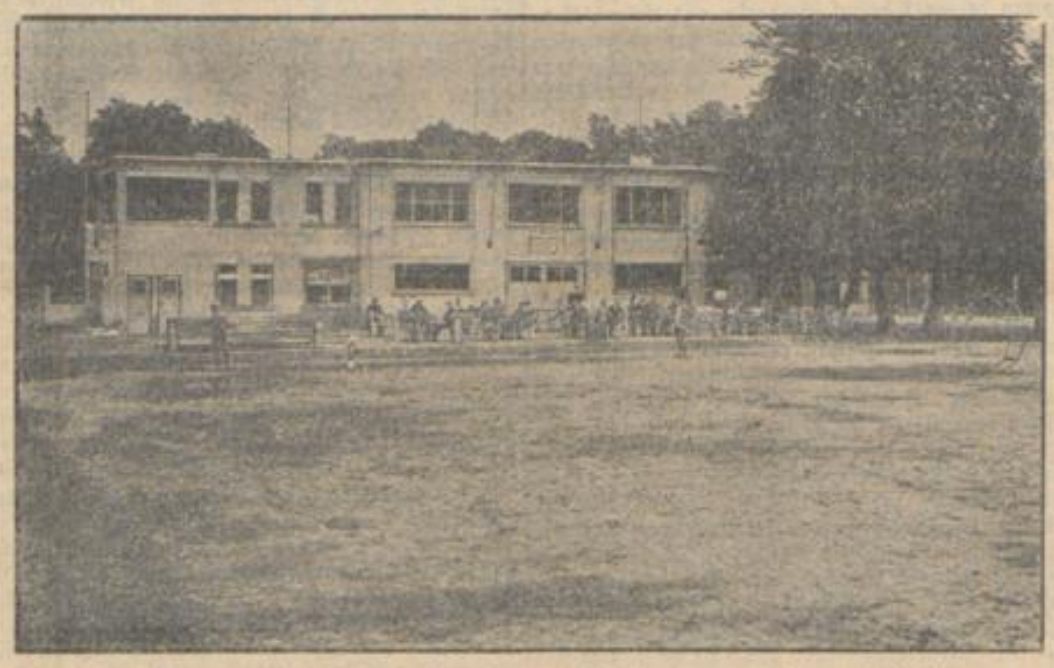
Anmeldungen nimmt entgegen die

„Konsumgenossenschaft in Prag"

Prag II., Fügnerovo nám. 4

Die erste Wählerversammlung der deutschen Sozialdemokraten in Prag fand gestern abends im überfüllten Saal der „Urania" statt und nahm einen prächtigen Verlauf. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Genossen Schönfelder sprach Genosse Dr. Schwelb über die Bedeutung des Wahlkampfes auf Prager Boden und über das Verhalten der gegnerischen Parteien, worauf Genosse Glöckel, Wien, wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen, die Zuhörer durch seine geistvollen Auseinandersetzungen zu fesseln verstand. Einen ausführlichen Bericht über die Versammlung, die einen vielversprechenden Auftakt für den Wahlkampf im Prager deutschen Lager bildete, werden wir in der morgigen Nummer nachtragen.

Eine neue proletarische Kulturstätte.



Der Turn- und Sportplatz der Prager Arbeiterturner auf der Hetzinsel.

Gemeinsam mit den Genossen der DTJ. haben unsere deutschen Arbeiterturner auf der Prager Hetzinsel — inmitten der Stadt — einen herrlich gelegenen Turn- und Sportplatz sowie ein Heim mit Turnhalle, Schlafräumen, Vereinzimmern usw. geschaffen. Dieses Werk echter proletarischer Solidarität wird morgen, Sonntag, offiziell im Rahmen einer kleinen Feier seiner Bestimmung übergeben.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes

kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas fachmännisch angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei **Optiker Deutsch, Prag**, Graben 2, Palais „Koruna", ausführen.

Der Unterschied zwischen eine auf normale Weise mit Salmiak und einer auf spezielle Art erzeugten Batterie, die ohne Verwendung von Salmiak und Säuren hergestellt wird, ist vor allem in der Dauerhaftigkeit der Batterie merkbar. Das Salmiak zersetzt nach einer gewissen Zeit vollkommen die Zinkkelche, das Elektrolyt, fließt über und beschädigt dadurch das Etui der Taschenbatterie oder die Kontakte des Anodenschränkchens. Die Exzelsior-Palaba-Batterie für Taschenlampen, die Radio-Palava-Batterie, und die Super-Radio-Palaba für das Radiowesen werden auf spezielle Art ohne Salmiak und Säuren erzeugt. Ihr Elektrolyt beschädigt niemals die Batterien derart, daß die einzelnen Elektroden vollkommen vernichtet werden. Es ist demnach notwendig, stets eine zweckentsprechende Batterie zu wählen. 1271

Kanzleiübersiedlung. Herr JUDr. Walter Hein, Advokat in Prag, wurde von der Advokatenkammer zum Substituten für den verstorbenen Herrn JUDr. Gabriel Scherzer, Advokaten in Mies, bestellt und hat seine Advokatenkanzlei von Prag nach Mies verlegt, wo er die Kanzlei des verstorbenen Herrn Dr. Scherzer als dessen Nachfolger weiterführen wird. 1315

Gerichtssaal

Diebische Postorgane.

Und die Ursache?

(Schwurgericht.)

Prag, 18. September. Vor kurzem wurde eine Postbeamtin vor dem hiesigen Gericht wegen Unterschlagung abgeurteilt. Sie hatte 620 K Einkommen, von denen sie noch 180 K auf die täglichen Autobusfahrten opfern mußte.

Nach der Meldung eines tschechischen Blattes sind 113 Disziplinarverfahren wegen derartiger Unterschlagungsdelikte im Zuge.

Heute war ein Karolinenthaler Briefträger namens Bandas an der Reihe. Er hatte noch im April in dem von uns berichteten Prozeß seines Kollegen Drahota als Zeuge ausgesagt. Beide haben sich des gleichen Verbrechens schuldig gemacht. Sie haben Briefe an Soldaten der Karolinenthaler Kaserne geöffnet und ihnen das beigelegte Geld entnommen. Er ist in Scheidung begriffen und zu 200 K Alimente monatlich zahlen. Sein Gehalt beträgt ohne Abzüge 970 K. Schmerzlich vermißte man nur den Vertreter des Postärars, der (wie im Fall der obenerwähnten Beamtin) erklärt hätte, die Bezüge seien „auskömmlich".

Trotzdem wurde der Angeklagte nach kurzer Verhandlung schuldig erkannt und auf Grund des Geschworenenverdiktes vom Schwurgerichtshof (LGR. Nedvěd) zu acht Monaten schweren Kerkers unbedingt verurteilt.

Wir werden vermutlich noch oft derartige traurige Entgleisungen zu verzeichnen haben, ehe den Oberbürokraten ein Licht darüber aufgehen wird, daß derartige „auskömmliche" Bezahlungen dem Aerar mit der Zeit teuerer zu stehen kommen, als ein wirklich menschenwürdiges Gehalt für die unteren Beamten- und Angestelltenkategorien.

Der kleine Dieb wurde wieder einmal gepackt — nun wäre es endlich einmal Zeit, seiner großen Kollegen zu gedenken. s.

Herausgeber: Zdeněk Lauk — Chefredakteur: Wilhelm Nießner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rova" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsunternehmungslizenz wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.509/VII/1909 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 18.—, vierteljährlich Kč 45.—, halbjährig Kč 90.—, ganzjährig Kč 180.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung der Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.